

BERND STÖVER

LOYALITÄT STATT WIDERSTAND

Die sozialistischen Exilberichte und ihr Bild vom Dritten Reich

Die gerade in letzter Zeit erneut entfachte Kontroverse um die Frage des Bevölkerungsverhaltens im NS-Staat rückt wieder in das Bewußtsein, wie umstritten das Thema auch fast fünfzig Jahre nach dem Untergang des Dritten Reiches ist. Besondere Aufmerksamkeit findet dabei immer deutlicher der Aspekt der Anpassung, nachdem über Jahre hinweg die Erforschung der Dissenspotentiale im Vordergrund stand. So ist zuletzt der 1981 von Martin Broszat in die historische Debatte eingeführte Begriff der Resistenz erneut in die Kritik geraten, weil er, so der Einwand, „die Konsensdimensionen systematisch unterschlägt“¹. Die Diskussion, welches Verhalten vorherrschend war oder in welchem Verhältnis beide Verhaltensweisen zueinander standen, entzündete sich dabei nicht zuletzt an der Aussagekraft und Glaubwürdigkeit der benutzten Quellen. Gerade aus diesem Grund sind auch die bisher hauptsächlich zur Rekonstruktion der Volksmeinung verwandten regimainternen Meldungen, also vor allem die Berichte des Sicherheitsdienstes (SD) und der Gestapo, in der Kritik. Sie hätten „häufig zu rosig“² berichtet, seien ideologisch voreingenommen³ und würden sich durch eine „überbewertende, politisierende Optik“⁴ auszeichnen. Entsprechendes wurde für das übrige staatliche und parteiamtliche Berichtswesen der NS-Zeit konstatiert, also unter anderem für die Meldungen der Regierungspräsidenten, Landräte, Bezirksamter, der Kreis- oder Gauleitungen⁵.

Trotz dieser Vorbehalte hat die historische Forschung die zweite große Quellengruppe zur Volksmeinung, die sozialistischen Exilberichte, verhältnismäßig wenig

¹ Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 41 (1993), S. 99–116, hier S. 99. Der Begriff „Resistenz“ wurde allerdings schon in den dreißiger Jahren gerade auch in den Exilberichten parallel zu den Termini „Widerstand“ oder „Opposition“ gebraucht.

² Marlis G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1970, S. 41.

³ Vgl. z. B. Bernd Hey, Bielefeld und seine Bevölkerung in den Berichten des Sicherheitsdienstes (SD) 1939–1942, in: 70. Jahresbericht des historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg 76 (1975), S. 227–273; hier S. 234.

⁴ Mallmann/Paul, Resistenz, S. 99.

⁵ Vgl. Martin Broszat u. a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. I, Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München u. a. 1977, S. 17 f.

herangezogen⁶. Vor allem die Meldungen des SPD-Parteivorstands (Sopade) und der linkssozialistischen Gruppe Neu Beginnen bieten, wie im weiteren zu zeigen sein wird, ausgezeichnetes Material gerade für die Frage nach der Anpassungsbereitschaft der Deutschen gegenüber dem Nationalsozialismus. Eine gewisse Renaissance in der Forschung erfuhren bisher lediglich die zwischen 1934 und 1940 erstellten „Deutschland-Berichte“ (DB) der Sopade, welche 1980 unkommentiert als Nachdruck neu aufgelegt worden waren⁷. Zwei Aufsätze sind hier zu nennen; zum einen die 1981 entstandene Untersuchung von Michael Voges zu den Deutschland-Berichten „als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich“, zum anderen eine Arbeit von Peter Maser zur Darstellung des Kirchenkampfes⁸. Die zwischen 1940 und 1948 vom Parteivorstand publizierten „Sozialistischen Mitteilungen“ (SM), jene Zeitschrift, die seit Einstellung der Deutschland-Berichte „zum bedeutendsten Organ der Sopade avancierte“⁹, wurde, obwohl sie ebenso vollständig wie die Deutschland-Berichte im Bonner Archiv der sozialen Demokratie lagert, nicht mehr neu herausgegeben. Entsprechend selten finden sich in der Literatur Angaben dazu. Noch stärker als die Parteivorstands-Publikationen sind die Lageberichte der Gruppe Neu Beginnen in den Hintergrund getreten, obwohl sie nicht nur ebenfalls bis 1945 erschienen, sondern mit der ersten Ausgabe im Dezember 1933 sogar fast ein halbes Jahr früher als die Sopade-Meldungen einsetzten. Diese Tatsache macht sie zweifellos zu einer wichtigen Quelle für die Konstituierungsphase des Dritten Reiches. Zu ihnen zählen die „Berichte über die Lage in Deutschland“ (NB-Lageberichte; 1933–1936), die „Nachrichten des Auslandsbüros“ (NB-Nachrichten; 1935–1937), der „Sozialdemokratische Wochenbrief“ (SWB; 1936/37), der „Sozialistische Informationsbrief“ (SIB; 1938/39), die IB (= Innenbüro)-Berichte (1938–1940) und die „Deutschen Inlandsberichte“ (DIB; 1936–1940). Letztere wurden von 1940 bis Ende 1941 unter dem Titel „Reports from Inside Germany“ (RIG) veröffentlicht. Zu den NB-Publikationen kann man zudem noch die ab 1939 im US-Exil unter Neu Beginnen-Einfluß entstandenen „Inside Germany Reports“ (IGR) rechnen, die in den ersten Ausgaben noch auf der Materialbasis der Deutschen Inlandsberichte erschienen und bis April 1945 herausgege-

⁶ Dieser Aufsatz fußt zum Teil auf der 1993 erschienenen Untersuchung zum Thema; Bernd Stöver, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993.

⁷ Klaus Behnken (Hrsg.), Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, Frankfurt a.M. u.a. 1980.

⁸ Vgl. Michael Voges, Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft“. Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade (1934–1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, in: Werner Plum (Hrsg.), Die „Grünen Berichte“ der Sopade. Gedenkschrift für Erich Rinner (1902–1982), Bonn 1984, S.201–298; Peter Maser, Kirchenkampf „von außen“. Die Deutschland-Berichte über Kirchen und Christen im Dritten Reich, in: Plum, Grüne Berichte, S.303–390.

⁹ Gerd Greiser, Exilpublizistik in Großbritannien, in: Hanno Hardt (Hrsg.), Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933–1945, München 1979, S.223–253, hier S.229.

ben wurden¹⁰. Gerade diese Meldungen vermitteln in manchen Bereichen wesentlich deutlichere Einblicke in das Bevölkerungsverhalten während des Krieges als die Sozialistischen Mitteilungen der Sopade. Wenn sie auch bei weitem nicht die Dichte und die Qualität der SD-Meldungen in diesem Zeitraum erreichen, so bieten sie zumindest eine Ergänzung aus einem anderen Blickwinkel.

Warum die Exilberichte kaum benutzt wurden, ist nur zu vermuten. Dabei spielt möglicherweise eine Rolle, daß vollständige Jahrgänge selbst der bekannteren Exilzeitschriften schon in den fünfziger Jahren einen „ausgesprochenen Seltenheitswert“ bekommen hatten¹¹. Wie jedoch Archivrecherchen gezeigt haben, sind die oben genannten Publikationen, wenn auch sehr verstreut, noch weitgehend zu erhalten. Entscheidender ist deshalb wohl, daß Berichte aus dem Exil lange Zeit zu Unrecht mit dem Vorurteil parteilicher Berichterstattung zu kämpfen hatten, während man den regimeinternen Meldungen häufig ebenso ungerechtfertigt „eine Art ‚institutionelle Neutralität‘“ bescheinigte¹². Die ohnehin relativ späte Beachtung des Arbeiterwiderstands in der westlichen Historiographie mag darüber hinaus eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Gerade gegenüber der Gruppe Neu Beginnen war nach dem Krieg zudem eine erhebliche Voreingenommenheit selbst innerhalb der Sozialdemokratie vorhanden. Führende Angehörige der Gruppe wie Waldemar von Knoeringen arbeiteten im SPD-Vorstand nur unter deutlicher Distanzierung von ihrer bisherigen politischen Einstellung mit¹³, und dies verhinderte wohl auch die Aufarbeitung der Publikationen.

I. Berichterstattung als politischer Widerstand

Die Berichterstattung der beiden wichtigsten sozialistischen Exilgruppierungen, der Sopade und der Gruppe Neu Beginnen, entwickelte sich nach der Machtergreifung ähnlich. Während sich allerdings der SPD-Parteivorstand erst im Mai 1933 zur illegalen Arbeit durchrang und dafür eine innerdeutsche Organisation und eine Auslandsstelle einrichtete, gleichzeitig sich aber darüber zerstritt, ob und wie man den Legali-

¹⁰ Die NB-Auslandsarbeit wurde im Sommer 1939 zwischen London und New York geteilt. Während in England die Sopade-NB-Zusammenarbeit im Rahmen der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ funktionierte, gelang dies im US-Exil nicht. Hier initiierte der führende NB-Mitarbeiter Karl Frank, alias Paul Hagen, in Kooperation mit dem Liberalen Reinhold Niebuhr die American Friends of German Freedom (AFGF). Im Sponsoring Committee der IGR rangierten zeitweilig so illustre Namen wie Thomas Mann oder Paul Tillich. Die letzten Ausgaben der IGR wurden von der „American Association for a Democratic Germany“ (AADG) herausgegeben, in der Karl Frank ebenfalls maßgeblichen Einfluß genoß.

¹¹ Vgl. Karl Otto Paetel, *Die Presse des deutschen Exils 1933–1945*, in: *Publizistik* 4 (1959), S. 241–252, hier S. 249.

¹² Vgl. Voges, *Klassenkampf*, S. 219, Anm. 29.

¹³ Vgl. Hartmut Mehringer, *Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie*, München u. a. 1989, S. 266 ff. Die Rückkehr des langjährigen Organisators der Neu Beginnen-Berichterstattung, Karl Frank, blieb trotz Bemühungen Ernst Reuters politisch unerwünscht; vgl. Werner Röder u. a. (Bearb.), *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933* (BHE), Bd. 1, München u. a. 1980, S. 188.

tätskurs der Löbe-Fraktion im Reich fortsetzen solle, überführte Walter Loewenheim, Deckname „Miles“, seine aus Sozialisten und Kommunisten zusammengesetzte „Leninistische Organisation“¹⁴ bereits nach dem Reichstagsbrand in die Untergrundarbeit. Gerade in dieser Entwicklung zeigten sich die unterschiedlichen Charaktere der Gruppen. Der Parteivorstand reagierte mehr unter dem Druck, dem er sich von seiten der innerparteilichen sozialistischen Opposition und besonders von der aktiveren kommunistischen Konkurrenz ausgesetzt sah¹⁵. Im Gegensatz zu der Parteispitze war die Miles-Gruppe, begünstigt durch ihren Sektencharakter von knapp 100 Mitgliedern¹⁶, nicht nur relativ rasch auf die Bedingungen der Illegalität eingestellt, sondern begann nach der Machtergreifung sofort die Mitglieder in der konspirativen Praxis zu schulen. Für ihren ebenfalls im Mai 1933 vollzogenen Schritt in das europäische Exil waren allerdings ähnliche Gründe wie bei der Sopade verantwortlich. Nur aus dem Ausland war auf Dauer sowohl Nachrichtenarbeit als auch die Finanzierung illegaler Tätigkeit möglich¹⁷. Leiter der Neu-Beginnen-Auslandsorganisation wurde der ursprünglich aus der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) stammende Karl Frank. In der Sopade bestellte man das vor allem als Wirtschaftsexperte bekannte Parteivorstandsmitglied Erich Rinner zum Organisator der publizistischen Arbeit im Exil.

Die Widerstandskonzepte, die in auffallender zeitlicher und inhaltlicher Parallelität entstanden, machen die auch von den Beteiligten empfundene Konkurrenz beider Organisationen noch sichtbarer. Das Sopade-Modell, das als „Wahrheitsoffensive“¹⁸

¹⁴ Der später übliche Gruppenname Neu Beginnen leitete sich aus der Loewenheim-Schrift „Neu Beginnen“ vom August 1933 ab, abgedruckt in: Kurt Klotzbach (Hrsg.), *Drei Schriften aus dem Exil*, Berlin u. a. 1974, S. 1–88. Zur Gründung von Neu Beginnen aus eigener Sicht: Auslandsbüro Neu Beginnen (Hrsg.), *Neu Beginnen. Was es will, was es ist und wie es wurde*, London o. J. [1940], S. 9ff. Im weiteren dazu Hans Joachim Reichardt, *Neu Beginnen. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 12 (1963), S. 150–188; Hartmut Mehringer, *Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand*, in: Martin Broszat u. a. (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand*, München u. a. 1983, S. 287–432, hier S. 391 ff.

¹⁵ So heißt es in einem Gestapo-Bericht vom 17. 7. 1935, der Parteivorstand der SPD sei nur durch das „aggressive Vorgehen oppositioneller Gruppen“ zur Aktivität „gedrängt“ worden, weshalb er „14 Grenzsekretariate einrichten mußte“; Bundesarchiv Koblenz (BAK), R 58/2, Bl. 107, Bericht Stapo Breslau, 17. 7. 35.

¹⁶ Vgl. Archiv der sozialen Demokratie Bonn (AdsD), Nachlaß Knoering (NLK)/136: „Bericht über die Organisation von der faschistischen Machtergreifung bis zur Verhaftungswelle im Herbst 1935“, 14. 5. 1939, S. 2.

¹⁷ Vgl. NB, *Was es will*, S. 21.

¹⁸ Vgl. Rundschreiben (RS), 3. 6. 1935, in: Erich Matthias u. a. (Hrsg.), *Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration*. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer ergänzt durch andere Überlieferungen, Düsseldorf 1968, Dok. 2, S. 175–180, hier S. 180; DB 1935 (Nov.), S. 1363 ff., passim. Zur Bewertung des Widerstandskonzeptes allgemein Michael Voges, *Politische Opposition als Organisationsprozeß gesellschaftlicher Erfahrung. Zum Widerstandskonzept der Sopade im Dritten Reich*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 26/1984, S. 13–24.

bezeichnet wurde, setzte ebenso wie das Neu-Beginnen-Konzept den Schwerpunkt auf die Bewußtseinsveränderung durch Überwindung der „Atomisierung“ des Einzelnen im NS-Staat. Kurz zusammengefaßt sollte die durch die Publikationen betriebene Aufklärung über das Dritte Reich zu einer Rückführung in die Realität jenseits nationalsozialistischer Propaganda führen. Die daraus erwartete klassenübergreifende Solidarität mußte dann, weil sie nach dieser Vorstellung die auf Vereinzelung durch „Vermassung“ ausgelegte Machtbasis des Dritten Reiches untergrub, zum Sturz des Regimes führen. Eine solche Entwicklung erschien auch nach der marxistischen Theorie als zwangsläufig. Der NS-Staat war demnach ein kapitalistisches System, das gesetzmäßigen Widersprüchen und Krisen unterlag.

Schwerpunkt illegaler Tätigkeit waren die Betriebe, insbesondere die Industrieunternehmen, obwohl auch die anderen Bereiche des öffentlichen Lebens erreicht werden sollten. Grundlage dafür war insbesondere die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung vor 1933 dort ihren größten Anhang hatte, aber auch, daß die NSDAP hier besonders massiv Propaganda betrieb. Die Aufgabe der illegalen Vertrauensleute war hier deshalb neben der Berichterstattung, „die vorhandenen Bewegungen auf eine höhere Stufe zu heben, indem sie ihnen Zusammenhang und einheitliche Ausrichtung geben“¹⁹.

Wann auf diesem Weg mit einem Sturz gerechnet werden konnte, blieb bei beiden Gruppen relativ offen. Es ist jedoch erkennbar, daß man vor allem innerhalb der Führung von Neu Beginnen bereits am Anfang sehr skeptisch gegenüber allzu optimistischen Prognosen eingestellt war. Schon in der Schrift „Neu Beginnen“ vom August 1933 ist dies erkennbar. Walter Loewenheim führte darin aus, wer ein kurzfristiges „Ende des Faschismus von dem spontanen Aufstand der Volksmassen“ erwarte, gehe grundsätzlich an der Wirklichkeit vorbei, denn es gebe keine „dem Proletariat innewohnende revolutionäre Spontaneität“²⁰. Innerhalb der Sopade setzte sich diese Erkenntnis erst später wirklich durch. Allerdings erhob Erich Rinner bereits früh Vorbehalte gegen allzu optimistische Vorstellungen, und spätestens nach dem Röhm-Putsch wurden die eigenen Illusionen über die tatsächliche Entwicklung des Dritten Reiches deutlich. Briefe der Exilierten untereinander zeigen, daß man Mitte der dreißiger Jahre bereits mit einer sehr langen nationalsozialistischen Regierungszeit rechnete²¹.

Ein weiterer Aspekt, der beide Gruppen verband, war die Ablehnung kommunistischer Widerstandskonzeptionen. Neu Beginnen verurteilte wie die Sopade unter anderem „alle terroristischen Maßnahmen“ und besonders opferreiche Strategien²². Der Krieg änderte nach eigener Aussage an dieser Grundkonzeption nichts. Allerdings verstärkten sich vor allem in der Neu Beginnen-Führung die Stimmen, die eine aktivere und militantere Politik forderten. „Wir sind keine Pazifisten“, schrieb dazu

¹⁹ Vgl. Miles, NB, S. 79.

²⁰ Ebenda, S. 7.

²¹ AdsD, Rinner Korrespondenz (RK)/4, Alfred Braunthal an Erich Rinner, 7.4. 1935.

²² SWB 31 (Okt. 1937), S. 7f.

im Dezember 1939 das Auslandsbüro Neu Beginnen, „wir lehnen die Gewalt als Mittel des Kampfes um den Sozialismus nicht ab, [...] die Gewalt zur Abwehr faschistischer Aggression“²³. Auch wenn diese Einstellung sicherlich nicht die Mehrheitsmeinung innerhalb der Gruppe widerspiegelte, allein die Vorstellung war in der Sopade undenkbar. Allerdings hatte der später zum Verschwörerkerkreis des 20. Juli 1944 zählende Theodor Haubach 1931 ebenfalls ein militantes Vorgehen gegen die Bedrohung von rechts gefordert²⁴. Diese Position war allerdings nach 1933 im Parteivorstand fast gänzlich zurückgedrängt worden.

Die Bedeutung der Nachrichtenarbeit wird in der Verknüpfung mit den Widerstandskonzepten deutlich. Deren Erfordernissen war die Aufgabenzuweisung an die Berichterstattung angepaßt, die bei Neu Beginnen auffallend genau den Vorgaben entsprach, die auch Rinner für die Deutschland-Berichte formuliert hatte²⁵. Die Nachrichtensammlung diente im In- und Ausland der „Zusammenfassung aller wertvollen Kräfte der deutschen illegalen Bewegung im Rahmen der Sozialdemokratie“²⁶, dem Kampf gegen das Informationsmonopol des NS-Staates²⁷, und sie wollte vor allem im Ausland „die Augen der Welt auf die [...] ausgebrochene Blutgier der faschistischen Henker [...] lenken“²⁸, um dort die „Linie allzu großen Entgegenkommens“ gegenüber dem Nationalsozialismus zu beseitigen. Je näher der Krieg rückte, desto stärker wurde versucht, auch das Ausland durch die Lageberichte zu aktivieren, da man dort „die natürlichen Verbündeten des deutschen Volkes“ vermutete²⁹.

Grundsätzlich, so läßt sich resümieren, fühlten sich beide Gruppen zur Führung eines Aufstandes gegen das Dritte Reich prädestiniert, auch wenn man sich gegenseitig die Kompetenz beharrlich absprach. Im Primärziel, Beseitigung des Nationalsozialismus durch die Arbeiterschaft im Bündnis mit dem Bürgertum, unterschieden sie sich nicht, wenn auch für das Deutschland nach Hitler andere Entwicklungen angestrebt waren. Gemeinsam war ihrem Konzept auch die Strategie des strikten Abwartens bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Dissens das kritische Maß erreichen würde. Da dieser nur durch ständige Beobachtung zu erkennen war, wurde die Nachrichtenarbeit für beide Gruppen zum Mittelpunkt ihres Widerstandskonzeptes.

Das Konkurrenzdenken setzte sich bis in die Publikationen fort. Neu Beginnen gelang es bereits im Dezember 1933, also fünf Monate vor den Deutschland-Berichten, den ersten „Bericht über die Lage in Deutschland“ erscheinen zu lassen³⁰. Man

²³ SIB 49 (Dez. 1939), S. III.

²⁴ Vgl. Theodor Haubach, Die militante Partei, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 208–213.

²⁵ Für die Sopade vgl. DB 1937 (Mai), S. 744–759.

²⁶ NB-Nachrichten 2 (Sept. 1935), S. 1.

²⁷ Vgl. SIB 45 (April 1939), S. 3; NB-Nachrichten 6 (Juni 1936), S. 2.

²⁸ NB-Lagebericht 15 (Juni 1935), S. 1. Folgendes Zitat in: NB-Nachrichten o. Nr. (Dez./Jan. 1937), S. 11.

²⁹ Vgl. SIB 45 (April 1939), S. 4.

³⁰ Vgl. NB, Was es will, S. 23, folgende Zitate ebenda. Die erste Ausgabe trug den Vermerk „abgeschlossen Ende November 1933“. Die Darstellung bei Lieselotte Maas, Handbuch der deutschen

teilte dazu nicht ohne Stolz mit, man sei die „erste deutsche Organisation“, die mit einer regelmäßigen Berichterstattung im Ausland begonnen habe. Die Kontakte seien „die ersten funktionierenden Verbindungen in Deutschland“ gewesen. Daß sich die Berichte allerdings zunächst noch auf den Berliner Raum bezogen, wurde wiederum von der Sopade mit einer gewissen Genugtuung verzeichnet³¹. Als deren erste Sammlung von Meldungen im April/Mai 1934 erschien, war sie mit dem ausdrücklichen Hinweis versehen, man wolle sich von der Neu Beginnen-Berichterstattung absetzen³².

II. Exilberichte als sozialhistorische Quelle

Das Nachrichtensystem beider Gruppen basierte auf den Grenzsekretären und den Vertrauensleuten im Inland. Außerhalb der Reichsgrenzen wurden die Berichte der Vertrauensleute im Reich gesammelt, ausgewertet und als Broschüre zusammengestellt. Danach wurden sie sowohl wieder in das Reichsgebiet als auch zu ausgewählten Personen und Institutionen im Ausland gesandt. Auch in bezug auf das Nachrichtensystem³³ standen Sopade und Neu Beginnen in teilweise scharfer Konkurrenz zueinander, obwohl der Parteivorstand die „Neu Beginner“ bis Ende 1934 finanzierte. Die Verflechtung ging so weit, daß einzelne Grenzsekretäre sowohl für den Parteivorstand als auch für Neu Beginnen oder andere Organisationen tätig waren. So war das erste sozialdemokratische Grenzsekretariat im tschechischen Karlsbad unter anderem von Karl Böchel eingerichtet worden, der zwar bis 1934 dem Parteivorstand angehörte, gleichzeitig aber den Revolutionären Sozialisten, einer weiteren Oppositionsgruppe innerhalb der SPD, nahestand. Waldemar von Knoeringen, einer der profiliertesten Grenzsekretäre der Sopade, der zunächst von Tirol und Wien, dann vom tschechischen Neuern aus Bezirksgruppen in Südbayern aufbaute, gehörte Neu Beginnen an. Auch die Grenzsekretäre Erwin Schoettle im schweizerischen St. Gallen, Franz Bögler in tschechischen Trautenau und Willi Lange im tschechischen Karlsbad engagierten sich trotz der Besoldung durch den Parteivorstand in erheblichem Umfang für die innerparteiliche Opposition.

Insgesamt sind zwölf solcher Außenstellen nachweisbar, die zum Teil für beide Gruppierungen arbeiteten³⁴. Sie waren rund um das Reich verteilt und jeweils für

Exilpresse 1933–1945, Bd. 1, München 1976, S. 118, ist daher offensichtlich nicht zutreffend. Auch die von mir verwendete Ausgabe aus dem AdsD trägt den unrichtigen handschriftlichen Vermerk „2“. Die Zählung der folgenden Ausgaben legt nahe, daß es sich vermutlich um eine Doppelnummer (Nr. 1–2) handelt.

³¹ AdsD, Emigration Sopade (ES)/206, Denkschrift „Miles-Gruppe“, undatiert [handschr. „1934“], S. 4.

³² Vgl. DB 1934 (April/Mai), S. 78.

³³ Zu den Einzelheiten vgl. u. a. Voges, Klassenkampf, S. 206 ff.; Mehringer, Knoeringen, S. 80 ff.; Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“, Diss. (MS), Marburg 1957; Stöver, Volksgemeinschaft, S. 55 ff.

³⁴ Vgl. Mehringer, Knoeringen, S. 85.

ein bestimmtes Gebiet zuständig. Im tschechischen Neuern, von wo aus er Südbayern betreute, wurde beispielsweise Waldemar von Knoeringen 1934 allein von 250 Mitarbeitern und 42 Kurieren mit Material versorgt³⁵. Die daraus entstehenden Nachrichten aus dem Inland sollten, so Neu Beginnen, „nicht auf Sensationen, auf ‚Greuel‘, sondern auf die Gewinnung eines Durchschnittsbildes der gesellschaftlichen Entwicklung, der betrieblichen Kampfformen usw. ausgerichtet“ sein³⁶. Auch die Redaktion der Deutschland-Berichte betonte immer wieder, es komme ihr nur auf die Tatsachen an, „wie groß oder wie klein sie auch sein mögen“³⁷.

Nach Erich Rinner war der Prototyp eines vorbildlichen Vertrauensmannes ein in sein gewohntes soziales Umfeld eingebundener einfacher Arbeiter, der, unbeeinflusst von störenden intellektuellen Ambitionen, objektiv und systematisch über einen längeren Zeitraum hinweg immer die gleichen Objekte betrachtete und darüber seinem Grenzsekretär berichtete³⁸. Auch Neu Beginnen favorisierte „einfache Menschen, die ohne journalistisches Beiwerk das Leben nach ihren Eindrücken beschreiben“³⁹. Jenseits dieser idealisierten Form von Nachrichtenarbeit war es allerdings allen Beteiligten klar, daß sich das angestrebte Niveau der Berichterstattung, in der auch Meldungen aus Ministerien⁴⁰ oder von „einflußreichen politischen Persönlichkeiten“⁴¹ abgedruckt wurden, kaum auf diese Art realisieren ließ. In der Praxis arbeiteten daher auch Akademiker⁴² und Diplomaten⁴³, da ansonsten der nachgewiesene Kontakt, etwa zu Beamten des NS-Staates⁴⁴, einem Führer der HJ⁴⁵ oder einem französischen Generalstabsoffizier⁴⁶ nicht möglich gewesen wäre. Ausdrücklich erwähnt auch eine Mitteilung des Geheimen Staatspolizeiamtes aus dem Jahr 1938, daß von der Gruppe Neu Beginnen „Arbeitslose und auf einem niedrigen geistigen Niveau stehende Sozialisten grundsätzlich nicht zur illegalen Arbeit herangezogen“ würden⁴⁷.

Die von beiden Gruppen unermüdlich gegebene Versicherung, es gehe ihnen nur um „Tatsachen“, ging von der Einsicht aus, allein die kontinuierliche Auswertung

³⁵ Vgl. Voges, *Klassenkampf*, S.214. Die Zahlenangabe widerspricht allerdings anderen Quellen. Hans Vogel sprach 1939 in einer Unterredung mit Léon Jouhaux z.B. von 120 Personen. Vgl. Mathias, *Gesicht*, Dok.71, S.416–419, hier S.416.

³⁶ NB-Nachrichten 6 (Juni 1936), S.2.

³⁷ AdsD, RK/3, Erich Rinner an Werner Blumenberg am 23.3. 1939.

³⁸ DB 1937 (Mai), S.748ff., *passim*.

³⁹ DIB 58 (20.12. 1939), S.1.

⁴⁰ Z.B. NB-Lagebericht 11 (Dez./Jan. 1935), S.11.

⁴¹ AdsD, NLK/135, interne Ergänzung zum IB-Bericht 11 (Mai/Juni 1938).

⁴² AdsD, NLK/141, Bericht Knoeringens [nach 1945], S.2.

⁴³ BAK, R 58/2, Bl.98, Bericht Stapo Breslau, 17.7. 1935. So war beispielsweise das Neu Beginnen-Mitglied Leopold Kulcsar ab 1937 Angehöriger der Gesandtschaft der spanischen Republik in Prag; vgl. Mehringer, *Knoeringen*, S.148.

⁴⁴ BAK, R 58/2, Bl.96, Stapo Breslau, 17.7. 1935.

⁴⁵ Ebenda, Bl.220, V-Mann-Bericht, 13.3. 1937.

⁴⁶ Ebenda, Bl.258, V-Mann-Bericht, 9.6. 1938.

⁴⁷ Ebenda, Bl.254, Gestapa/II A 2, 13.6. 1938.

von Realitäten lasse eine „einigermaßen sichere politische Deutung“⁴⁸ zu, die schließlich Grundlage für mögliche Strategien gegen den Nationalsozialismus sein könne. Man wolle zwar „nicht das Gras wachsen hören“, schrieb Erich Rinner, aber immerhin feststellen, „wo es wächst und wo es nicht wächst“, auch das sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht einfach⁴⁹. Zur Realisierung der hohen Ansprüche gaben beide Gruppen ihren Mitarbeitern Richtlinien zur Nachrichtengewinnung an die Hand, die eine normierte, das heißt qualitativ gleichbleibende Berichterstattung gewährleisten sollten⁵⁰.

Was ist nun zur Frage der Glaubwürdigkeit und damit zur Verwendbarkeit der sozialistischen Meldungen als sozialgeschichtliche Quelle festzuhalten? Zunächst ist zu betonen, daß der enorme Vorteil der Exilberichte gegenüber den regimeinternen Meldungen darin lag, daß die Vertrauensleute nicht nur ebenso unmittelbar im Alltag des Dritten Reiches standen, sondern darüber hinaus ohne Zwang ihre Erkenntnisse sammeln und an die Auslandsstelle weiterleiteten. Vergleicht man dies mit der Praxis etwa der SD-Berichterstattung, in der die Informanten häufig „unter Druck, wenn nicht gar durch Erpressung zur Mitarbeit veranlaßt wurden“⁵¹ und infolgedessen eben auch übertriebene oder geschönte, insgesamt „zu rosige“ Meldungen verfaßten, um den Anforderungen gerecht zu werden, war die Informationsbeschaffung des Exils sicher die geeignetere. Naturgemäß fehlten in den Exilberichten jene Verzerrungen, die zum Beispiel gehäuft in Kreisleiterberichten, Meldungen der Gaupropagandaleitungen und anderen regimeinternen Berichtsserien auftauchten. Diese schrieben häufig die offiziellen Propagandaphrasen fort⁵² und orientierten sich an der Erwartungshaltung übergeordneter Dienststellen. Anders als beispielsweise bei den Beamten des SD, denen immer wieder der Vorwurf der „Stänkereien“ und des „Defaitismus“ gemacht wurde und die sich deshalb mit der Forderung Himmlers konfrontiert sahen, die Berichtersteller negativer Meldungen zur Verantwortung zu ziehen⁵³, gab es solche zweifellos ernstgemeinten Drohungen in den Redaktionen der Exilberichte nicht. Es ist kein Fall bekannt, in dem einem Vertrauensmann wegen Nachrichten, die der Erwartungshaltung der Redakteure widersprachen, Nachteile entstanden wären, obwohl abweichende Meinungen zu bestimmten Sachverhalten durchaus üblich waren.

⁴⁸ DB 1937 (Mai), S. 755.

⁴⁹ DB 1937 (April), S. 463 f.

⁵⁰ Zu Sopade vgl. AdsD, ES/7, RS an die Grenzsekretäre, 18. 4. 1934. Zu Neu Beginnen vgl. Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam (IISG), Collection Neu Beginnen (CNB)/45, Führerbrief, S. 5; AdsD, NLK/136, Aktuelle Fragen zur deutschen Inlandsarbeit, 12. 7. 1939, S. 18; Führerbrief Nr. 2, abgedruckt bei Kliem, NB, Teil II, Dok V, S. 24–30.

⁵¹ Heinz Boberach (Hrsg.), Einführung, in: *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS (1938–1945)*, Herrsching 1984, Bd. 1, S. 11–40, hier S. 17.

⁵² Vgl. dazu die quellenkritischen Erläuterungen zu den Kaltenbrunner-Berichten; Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt*, Bd. 1, Stuttgart 1989, Vorbemerkung zur Edition.

⁵³ Vgl. Boberach, *Meldungen*, Bd. 1, S. 36.

Ein weiterer Punkt spricht für die Exilberichte. Es ist einsichtig, daß es nicht im Interesse der Emigration liegen konnte, Falschmeldungen zu verbreiten. Die fest in die Widerstandskonzeptionen eingebundene Nachrichtenarbeit sollte ja, zumindest theoretisch, gerade die Grundlage für Eingreifstrategien sein. Mit Sicherheit war dies bei den staatlichen und parteiamtlichen Ermittlern der öffentlichen Meinung, gerade beim SD oder der Gestapo, weniger bei untergeordneten Parteidienststellen, ähnlich. Wesentlicher Unterschied zu diesen jedoch war, daß bei den Exilberichten offensichtliche Widersprüche zur Wirklichkeit im Inland viel mehr auffallen und Nachteile nach sich ziehen mußten, weil die Realität von den Betroffenen tagtäglich erfahren wurde. Der Gefahr einer möglichen Untergrabung ihrer eigenen Glaubwürdigkeit durch Falschmeldungen wurde im Exil viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt als in den offiziellen Stellen, weil es im vitalen Interesse der Emigration lag, bei den Illegalen im Inland und ausländischen Kreisen als ernstzunehmender politischer Faktor für die Zeit nach Hitler zu gelten. Überlegungen zur eigenen Glaubwürdigkeit mußten auf der offiziellen Ebene eher nebensächlich sein, entsprechend spielte etwa die Hinterfragung eigener Auffassungen eine weit geringere Rolle.

Unbezweifelbar ist, daß die Emigrationsberichte von Fehleinschätzungen oder Übertreibungen genauso wenig frei sind wie die regimeinternen Meldungen, beide bieten vielfach ihr Bild von den Ereignissen. Für die Verwendbarkeit der Meldungen spricht aber, daß man sich über die Schwächen häufig im klaren war und sich bemühte, ihnen entgegenzuwirken. Solche Schwächen betrafen Vorurteile über Bevölkerungsgruppen ebenso wie die politische Engstirnigkeit mancher Funktionäre, die sich zum Beispiel weigerten, ihre persönliche politische Meinung aus der Berichterstattung herauszuhalten⁵⁴. Darüber hinaus war die aus der spezifischen Exilsituation herrührende Tendenz, zu positiv zu urteilen, also bestimmte partielle Oppositionsäußerungen als Beginn einer übergreifenden Widerstandsbewegung zu interpretieren, oder überhaupt gegen den NS-Staat gerichtete Haltungen und Stimmungen überzubewerten, ein ständiges Thema der Selbstkritik. Man sah durchaus die Gefahr, im Exil einer Lagermentalität zu verfallen. Tatsächlich zeigen die Meldungen einiger Grenzsekretäre, daß man in der Emigration des öfteren optimistischer über bestimmte Entwicklungen urteilte als im Inland⁵⁵. Gerade während des Krieges, schrieb von Knoeringen nach 1945, als mit den Verbindungen in das Inland die Möglichkeit einer Korrektur der Berichte wegfiel, habe es die „überoptimistischen Urteile“ gegeben⁵⁶. In diesem Zusammenhang hatten die Sozialistischen Informationsbriefe bereits im Dezember 1939 moniert, daß bei den „berufsmäßigen Gschafthuber[n] der

⁵⁴ So schrieb beispielsweise der Sopade-Grenzsekretär Ernst Schumacher 1936 an Erich Rinner, es sei ein Irrtum zu glauben, er gebe sich mit der Rolle einer „Zettelsammelstelle“ zufrieden. Er halte es vielmehr für seine Pflicht, in den Berichten seiner politischen Haltung Ausdruck zu geben; AdsD, RK/36, Ernst Schumacher an Erich Rinner am 30.9. 1936. In den Meldungen ist es allerdings leicht möglich, diese privaten Veränderungen zu erkennen.

⁵⁵ AdsD, ES/115, Schreiben Ernst Schumachers an Sopade, 11.5. 1934.

⁵⁶ AdsD, NLK/141, Bericht „12 Jahre illegaler Kampf in Südbayern/Tirol“, o.J. [1948].

Emigration“ zumindest „auf dem geduldigen Papier wöchentlich einmal die deutsche Armeeführung meutern, zurücktreten oder verhaftet werden“ würde⁵⁷.

Die größten Schwierigkeiten sah man in der Ermittlung der öffentlichen bzw. „nichtöffentlichen Meinung“⁵⁸ in Deutschland. Hier stand man vor den gleichen zentralen Problemen wie die staatlichen oder parteiamtlichen Ermittler. Die Volksmeinung unterlag starken Schwankungen, so daß ein homogenes Bild häufig sehr schwer oder gar nicht darzustellen war. Abhilfe sollte hier die „mosaikartige Zusammensetzung“ der Berichte geben⁵⁹. Das Verfahren der Auswertung war dabei dem des SD durchaus ähnlich; während jedoch die „Meldungen aus dem Reich“ die vielfach geglättete Zusammenfassung bevorzugten, blieben in den Ausgaben der Exilberichte noch weitaus mehr Einzelnachrichten erhalten. Sie bieten insofern häufiger die Möglichkeit, die unterschiedlichen Positionen der Vertrauensleute zu rekonstruieren und dabei die Einzelauffassung des jeweiligen Vertrauensmannes von der Meinung des Parteivorstandes zu unterscheiden. So gab etwa die Sopade den Hinweis an die Leser, „sich aus dem vorliegenden Material selbst ein Urteil zu bilden“⁶⁰.

Die Berichte beider Exilgruppen zeigen eine Fülle von Belegen, die das Bemühen um differenzierte Arbeit und Objektivität demonstrieren. Wiedergaben mit der Bemerkung, es sei zweifelhaft, „ob der Bericht die Einstellung einer größeren Schicht in Deutschland widerspiegelt“⁶¹, oder mit dem Hinweis versehen, es handle sich hier um die subjektive Meinung eines einzelnen Berichterstatters⁶², findet man des öfteren. Ein gutes Beispiel dafür ist der Abdruck von zehn unterschiedlichen Meinungen zum Hitler-Stalin-Pakt 1939, also zu einem Zeitpunkt, als die Volksmeinung völlig auseinanderging⁶³. Manche Themen wurden mangels ausführlicherer Information nur ausschnittsweise behandelt⁶⁴, bei anderen wurde um Überprüfung nachgesucht⁶⁵. Verfahrensweisen dieser Art führten dazu, daß die Deutschland-Berichte unwahre Meldungen über Streiks bei NSU in Neckarsulm und Neu Beginnen bei Wanderer in Chemnitz dementierten oder der Sozialistische Informationsbrief den Pressemitteilungen über die angebliche Entlassung Thälmanns 1939 widersprach⁶⁶. Darüber hinaus ist die Wiedergabe von Dokumenten zur Aufrüstung des Dritten Reiches 1934 in den Deutschland-Berichten, deren Abdruck auch innerhalb der Sopade höchst umstritten war, ein deutlicher Ausdruck des Bemühens um eine objektive Berichterstattung⁶⁷.

⁵⁷ SIB 49 (Dez. 1939), S. 11.

⁵⁸ DB 1936 (Juni), S. 671.

⁵⁹ AdsD, RK/35, Erich Rinner an Erwin Schoettle, 27. 4. 1937.

⁶⁰ DIB 61 (29. 4. 1940), S. 1.

⁶¹ SWB 17 (11. 11. 1936), S. 3.

⁶² Vgl. z. B. DB 1937 (Febr.), S. 139 ff.

⁶³ Vgl. z. B. DB 1940 (Jan.), S. 12.

⁶⁴ Vgl. z. B. NB-Lagebericht 6 (April 1934), S. 9.

⁶⁵ Vgl. z. B. SIB 49 (Dez. 1939), S. 45.

⁶⁶ Vgl. SIB 49 (Dez. 1939), S. 44.

⁶⁷ Vgl. DB 1934 (April/Mai), S. 83 ff.

Als Beleg für die fachliche Kompetenz der Exilzeitschriften ist natürlich das Urteil der Gegner von besonderer Bedeutung. Vom professionellen Standpunkt aus waren die staatlichen Ermittler der öffentlichen Meinung durchaus beeindruckt. Sie bescheinigten den Berichten „sehr gute Beziehungen zu den verschiedensten Betrieben und Organisationen“ und Wissen über „interne, der Allgemeinheit wenig bekannte Dinge [...]“⁶⁸. Die Meldungen hätten darüber hinaus „besten Einblick in die Wirtschaft“. Welches Nachrichtensystem das bessere sei, entschied man allerdings auch hier nicht. Der SD bezeichnete die Deutschland-Berichte als „das wichtigste [...] Informationsmaterial“⁶⁹, während die Gestapo in den Neu Beginnen-Meldungen immer wieder „ein genaues Bild über die sich jeweils ändernde Stimmung der Massen“ entworfen sah⁷⁰ und gerade von den Sozialistischen Informationsbriefen „den Eindruck größter Sachlichkeit“ erhielt⁷¹.

Kritisch ist jedoch trotzdem anzumerken, daß vor allem das Angebot der Exilredakteure an ihre Leser, „sich aus dem vorliegenden Material selbst ein Urteil zu bilden“⁷², nicht nur zur Entstehungszeit der Berichte neben einem unbestreitbaren Vorteil das Risiko barg, bestimmte Eindrücke überzuinterpretieren oder sich das herauszusuchen, was sich ohnehin in das eigene Bild einfügte. Es scheint, als sei auch die historische Forschung hin und wieder einer daraus resultierenden Fehlinterpretation erlegen. So ist zum Beispiel in einem 1986 erschienenen Aufsatz aus der Annahme eines einzelnen Vertrauensmannes der Schluß gezogen worden, „die Sopade“ nehme an, das Bürgertum werde antifaschistisch⁷³. Eine solche Aussage ist bei der Gesamtauswertung der Berichte in dieser Form nicht haltbar, weil sie Einzelmeinungen generalisiert⁷⁴. Die sozialistischen Berichte sind vor allen Dingen dann als glaubwürdige Quelle zur Sozialgeschichte des Dritten Reiches zu verwenden, wenn die Gesamtheit aller Meldungen zu einem bestimmten Thema herangezogen wird. Parallel dazu bleibt es trotzdem unerlässlich, zur Verifizierung von Aussagen Vergleichsquellen anderer Provenienz auszuwerten.

⁶⁸ Lagebericht Stapo Berlin, 1. Vj. 1939, in: Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975, Dok. 157, S. 960f., hier S. 960. Folgendes Zitat ebenda.

⁶⁹ Jahreslagebericht 1938 des Sicherheitshauptamtes, in: Boberach, Meldungen, Bd. 2, S. 7–79, hier S. 62.

⁷⁰ BAK, R 58/2, Bl. 93; Stapo Breslau, 17. 7. 1935.

⁷¹ BAK, R 58/2, Bl. 255; Gestapa, II A 2, 13. 6. 1938.

⁷² DIB 61 (29. 4. 1940), S. 1.

⁷³ Johannes Klotz, Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31/1986, S. 27–38, hier S. 35.

⁷⁴ Insgesamt ging das Exil im Gegenteil von der Annahme aus, gerade aus dem Bürgertum bilde sich die staaterhaltende, staatstragende Schicht des Dritten Reiches; vgl. Stöver, Volksgemeinschaft, S. 347ff.

III. Die Deutschen im Spiegel sozialistischer Meldungen

1. Arbeit, Sicherheit, Ordnung

Der Blick zurück auf die ersten Jahre des Dritten Reiches macht deutlich, daß im Grunde den Nationalsozialisten nichts so sehr entgegenkam wie die politischen, ökonomischen und psychosozialen Folgen, die die Weltwirtschaftskrise hervorgebracht hatte. Die Wechselwirkung von Krise und Radikalisierung war den Zeitgenossen bekannt⁷⁵, auch in der Forschung ist sie im wesentlichen nicht umstritten. Speziell ist der Zusammenhang zwischen persönlichen Berufskatastrophen und NSDAP-Engagement nachgewiesen⁷⁶. Da aus Bevölkerungssicht der Arbeitsplatzbeschaffung Priorität zukam, wie übereinstimmend die sozialistischen und regimieinternen Meldungen zeigen⁷⁷, entschied über die Glaubwürdigkeit der Reichsregierung zunächst das Vermögen, die Krisensymptome möglichst rasch zu beseitigen oder zumindest den Willen dazu öffentlichkeitswirksam darzulegen. Nicht zufällig sprach Hitler in seiner ersten Rede „an das deutsche Volk“ von dem überschaubaren Zeitraum von vier Jahren, in dem die Probleme beseitigt sein sollten⁷⁸.

Aus den sozialistischen Berichten ist zunächst einmal der unmittelbare Sachzusammenhang von Minderung der Erwerbslosenquote und Zustimmung zum NS-Staat bzw. einzelnen seiner Repräsentanten abzulesen. Diese war, soweit es sich aus den Quellen ersehen läßt, sogar weitgehend unabhängig davon, inwieweit es zu einem tatsächlichen aktiven Engagement für die NSDAP kam. Auffallend genau korrelierte dabei die Versicherung der Regierung, in ihr liege „die beste Gewähr für die Vermeidung jeden Experimentes“⁷⁹, mit „dem durch die Krise gesteigerten Sicherheitsbedürfnis“⁸⁰ der Bevölkerung allgemein, welches die Exilmeldungen hervorhoben. Das bedeutet freilich nicht, daß diejenigen, die sich von der Krise bedroht sahen, den Versprechungen der neuen Machthaber sofort Glauben geschenkt hätten. Im Gegenteil: Den sozialistischen Meldungen zufolge begegnete man den wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit Mißtrauen, was nach den Erfahrungen der vorangegangenen

⁷⁵ Vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, in: Soziologische Gegenwartsfragen, Heft 1, Stuttgart 1932, S. 111, und ähnlich S. 119; ders., Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 637–654.

⁷⁶ Vgl. z. B. Christoph Schmidt, Zu den Motiven „alter Kämpfer“ in der NSDAP, in: Detlev Peukert u. a. (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 21–43, hier S. 26 f.

⁷⁷ Vgl. z. B. DB 1935 (Juli), S. 883, und Staatsarchiv Detmold (StA DT), M1 IP/1105, Bl. 215, Lagebericht Regierungspräsident Minden, 12. 9. 1934.

⁷⁸ Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk vom 1. 2. 33, in: Herbert Michaelis u. a. (Hrsg.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. IX, Berlin O. J., Dok. 1970, S. 15–17.

⁷⁹ Ebenda, S. 16.

⁸⁰ DB 1935 (Juli), S. 883.

Jahre nicht ungewöhnlich war. Beobachter registrierten insbesondere bei Industriearbeitern ein Verhalten, das sie als „durchweg abwartend und ungläubig den Prophezeiungen der Nazis gegenüber“ beschrieben⁸¹. Da die Krisenpolitik aber, wie Avraham Barkai es einmal zutreffend ausgedrückt hat, „unglücklicherweise [. . .] die richtige Medizin war“⁸² und sich dementsprechend schon früh bestimmte Erfolge abzeichneten, erschien es manchem Berichterstatter bereits 1934, als ob „stimmungsmäßig [. . .] die Regierung über den meisten Anhang in der Arbeiterschaft und hier besonders bei den früher Unorganisierten“ verfüge⁸³. Besonders der Glaube an Hitler sei bei diesen „erstaunlich stark“ geworden⁸⁴. Andere Meldungen belegen im Rückblick, daß „in den ersten Jahren des Hitlerregimes, die [. . .] der Arbeitsbeschaffung galten, . . . die Begeisterung für das Regime sehr stark“ gewesen sei⁸⁵. Diese Einschätzung bestätigen auch die regimereinternen Mitteilungen⁸⁶. Dementsprechend irritiert nahmen 1936 Berichterstatter der Sopade selbst von ehemaligen Arbeiterfunktionären folgendes zur Kenntnis: „Ihr habt immer große sozialistische Reden gehalten, die Nazis aber haben uns Arbeit gegeben. Gewiß es gibt nicht viel Lohn, aber ich brauche nicht mehr zu Hause untätig herumzusitzen, so daß mir das Leben zur Last fällt. Mir ist es egal, ob ich Granaten drehe oder Autostraßen baue, arbeiten will ich. Warum habt ihr nicht mit der Arbeitsbeschaffung ernst gemacht?“⁸⁷

Allgemein kann man sagen, daß bis zur rüstungsbedingten relativen Vollbeschäftigung Mitte der dreißiger Jahre das auch von staatlichen Stellen beschriebene Krisenbewußtsein dafür sorgte, daß sich Arbeitnehmer relativ ruhig verhielten. Komme ein Arbeitsloser nach jahrelanger Erwerbslosigkeit in eine neue Stelle, resümierten 1935 die Deutschland-Berichte, so werde er „– und seien Lohn und Arbeitsbedingungen noch so schlecht – auf einmal ängstlich“, denn er habe „wieder etwas zu verlieren“⁸⁸. So würde sogar von den Arbeitnehmern selbst auf die Konkurrenzsituation des Unternehmens hingewiesen, um etwa fehlende Lohnerhöhungen zu entschuldigen⁸⁹. Selbst Personen, die nicht arbeitslos gewesen seien, würden so diszipliniert, „weil sie nicht wissen, welchen Schikanen sie ausgesetzt sind, wenn sie den Arbeitsplatz verlieren“⁹⁰. Von „einer klassenbewußten Opposition“ jedenfalls, wie sie teilweise in der Forschung beschrieben wird, stellten etwa die Lageberichte der Grup-

⁸¹ DB 1934 (Juni/Juli), S. 208.

⁸² Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945*, Frankfurt a.M. 1988, S. 98.

⁸³ DB 1934 (April/Mai), S. 29.

⁸⁴ Ebenda.

⁸⁵ DB 1938 (April/Mai), S. 455.

⁸⁶ Vgl. z. B. Lagebericht Regierungspräsident Oberbayern, 3.3. 1934, ders., 18.5. 1934, Lagebericht Regierungspräsident Niederbayern, 9.11. 1934, abgedruckt bei Broszat, Bayern in der NS-Zeit I, S. 219f., 230.

⁸⁷ DB 1936 (Febr.), S. 156f. Ausdrückliche Bestätigung solcher Begründungen in Lageberichten der Gestapo; vgl. StA DT, M1 IP/631, Bl. 193, Lagebericht Stapo Bielefeld, 3.6. 1935.

⁸⁸ DB 1935 (Jan.), S. 137.

⁸⁹ Vgl. NB-Lagebericht 17/18 (Sept./Okt. 1935), S. 13.

⁹⁰ DB 1934 (Juni/Juli), S. 209; entsprechend DB 1937 (Dez.), S. 1670.

pe Neu Beginnen nichts fest; davon könne wahrlich „keine Rede sein ... eher vom Gegenteil“⁹¹. Ein gewisser Trost war es dabei für das sozialistische Exil, daß sich nach ihrer Auffassung die Arbeiterschaft „als letzte Bevölkerungsschicht dem Regime zugewandt“ hätte⁹². Daher spielte man 1935 noch mit der Hoffnung, daß mit „der Erinnerung an die große Krise auch die lähmende Angst um den Arbeitsplatz schwindet“⁹³ und damit Raum für größere Oppositionsbewegungen entstehen würde.

Tatsächlich veränderte sich ab 1935/36 dieses relativ einheitliche Bild, allerdings nicht so, wie es das Exil erhofft hatte. Einen Teil der Arbeitnehmer aus besonders krisenanfälligen, das heißt vor allem nicht rüstungswirtschaftlich nutzbaren Branchen beherrschte noch am Ende der dreißiger Jahre „die Furcht[,] entlassen zu werden“, und er verhielt sich deshalb nach wie vor unauffällig⁹⁴. Was aber die Emigration viel mehr beunruhigte, war die Tatsache, daß jetzt viele, selbst politisch Geschulte aus der Arbeiterbewegung, begannen, „mit den Nazis ihren Frieden [zu] machen“⁹⁵ und sich dabei einer Argumentation bedienten, für die nach Einschätzung eines enttäuschten Sopade-Vertrauensmannes das „Heine-Wort von der Suppenlogik mit den Knödel-Gründen“⁹⁶ noch am besten zutraf. Man müsse sich darüber im klaren sein, so das Resümee dieses Berichterstatters, „daß der Mensch einfach in erster Linie Familienvater und Berufsmensch ist, und daß die Politik erst in zweiter Linie bei ihm kommt und zwar auch nur dann, wenn er sich etwas davon verspricht“.

Tatsächlich entwickelte sich ab Mitte der dreißiger Jahre bei vielen statt des Wunsches, das Regime zu beseitigen, wie es das Exil hoffte, vielmehr die Hoffnung auf „weitere Sicherung des eigenen Lebensstandards“⁹⁷. Die Erinnerung an die Krise begann zu verblassen, der Arbeitskräftemangel bot ungeahnte Möglichkeiten. In dieser Mentalität verstand man dann auch die ständige Erhöhung von Arbeitszeiten und -normen nicht mehr in jedem Fall als Zwang, sondern häufig auch als Chance. Nach einer Meldung der Deutschen Inlandsberichte aus dem Jahr 1940 jedenfalls sah schließlich derjenige, der „keine Überstunden machen darf, das beinahe als Strafe an, weil er weniger verdient“⁹⁸.

Besonders sichtbar wird dieser Perspektivenwechsel, das Einstellen auf die vom NS-Regime vorgegebenen Bedingungen, auch in der Auseinandersetzung um die Löhne. Damit verbindet sich die Frage, ob man wirklich das, was als individueller und kollektiver „Lohnkampf“ im Dritten Reich stattgefunden hat, anhand der sozialistischen Berichte qualitativ in Richtung „Widerstand“ gegen den Nationalsozialismus rücken darf, wie dies mit Blick auf die Deutschland-Berichte zum Beispiel Michael Voges

⁹¹ NB-Lagebericht 2/3 (Jan. 1934), S. 2.

⁹² DB 1935 (Jan.), S. 137.

⁹³ DB 1935 (Juli), S. 884.

⁹⁴ DB 1938 (Juni), S. 568.

⁹⁵ DB 1936 (Febr.), S. 157.

⁹⁶ Ebenda, S. 156; folgendes Zitat ebenda, S. 157.

⁹⁷ DB 1936 (Mai), S. 547.

⁹⁸ DIB 61 (29. 4. 40), S. 13.

unternommen hat⁹⁹. Wenn man zugrunde legt, daß „Widerstand“ zumindest einen gewissen Anteil politischer Motivation erkennen lassen muß¹⁰⁰, so ist gerade die Einordnung des „Lohnkampfes“ in diese Kategorie bei weitem nicht immer zwangsläufig. Gerade politische Intentionen lassen sich hier selten nachweisen. Nun kann dagegen natürlich eingewendet werden, die Betroffenen hätten sich unter den gegebenen Bedingungen sicherlich gehütet, neben ihren Lohnforderungen auch noch politische Ambitionen erkennen zu lassen. Ausdrücklich jedoch wurde von den illegalen Vertrauensleuten, die hier Einblick hatten, mitgeteilt, in den Betrieben herrsche eine „vollkommene Interesselosigkeit der Arbeiter an politischen Vorgängen“¹⁰¹. Man mag darüber spekulieren, ob man hier im Sinne des „Resistenz“-Begriffs von einer Eingrenzung oder Abwehr der NS-Herrschaft sprechen kann, faktisch richtete sich dieses Verhalten jedoch nicht bewußt gegen das Dritte Reich. Bei genauer Betrachtung legen die sozialistischen Berichte insofern eher den Schluß nahe, daß das individuelle Vorgehen in der Lohnfrage von den meisten Betroffenen selbst nicht als politisch konträr gegenüber dem nationalsozialistischen Staat verstanden wurde. Die Berichte bestätigen vielmehr die bereits in den siebziger Jahren von Detlev Peukert vertretene Auffassung, in den Augen der Betroffenen habe sich die schon in der Weltwirtschaftskrise gemachte Erfahrung durchgesetzt, individueller Einsatz lohne mehr als kollektive Interessenvertretung¹⁰². „Vor allem bei jungen Arbeitern kann man oft den Eindruck haben“, vermerkten die Deutschland-Berichte im November 1935, „daß sie überhaupt nicht mehr auf den Gedanken kommen, sie könnten durch gemeinschaftliches Handeln [. . .] ihren Forderungen mehr Nachdruck verleihen“¹⁰³. Gerade qualifizierte Arbeitnehmer würden immer häufiger den Mut haben, „sich [. . .] auf Grund ihrer ‚Unentbehrlichkeit‘ kleine Freiheiten heraus zu nehmen“¹⁰⁴.

Fälle individueller Lohnpolitik, die im Bewußtsein der Arbeitnehmer nicht die sonst vorhandene Zustimmung beeinträchtigten, sondern lediglich den in ihren Augen berechtigten Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung einforderten und darum in der Regel auch die Beseitigung des Regimes gar nicht wünschten¹⁰⁵, sind in den Berichten häufig zu finden, schwerpunktmäßig zwischen 1935 und 1938. Sie wurden von den Vertrauensleuten unterschiedslos in Betrieben mit und ohne alte Stammarbeiterschaft beobachtet. Teils wurden die Forderungen defensiv „mit der Mütze in der Hand“¹⁰⁶, teils aber durchaus offensiv vorgetragen, je nachdem, wie sicher man sich durch seine Qualifikation und den Stand des Arbeitsmarktes fühlte.

⁹⁹ Vgl. z. B. die Argumentation von Voges, *Klassenkampf*, S. 232 ff.

¹⁰⁰ Timothy W. Mason, *Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland*, in: Detlev Peukert u. a. (Hrsg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 293–313.

¹⁰¹ Voges, *Klassenkampf*, S. 232 ff.

¹⁰² Vgl. Detlev Peukert, *Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933–1945*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 28/1979, S. 22–36, hier S. 33.

¹⁰³ DB 1935 (Nov.), S. 1376.

¹⁰⁴ NB-Lagebericht 11 (Dez. 1934/Jan. 1935), S. 17.

¹⁰⁵ Vgl. z. B. DB 1936 (April), S. 483.

¹⁰⁶ NB-Lagebericht 11 (Dez. 1934/Jan. 1935), S. 17.

Die sozialistischen Berichte machen weiterhin deutlich, daß selbst die kollektiven Lohnforderungen, auch wenn sie in Form von Streiks und als Leistungsverweigerungen stattfanden, nicht, wie in einem Teil der Forschung dargelegt¹⁰⁷, zwangsläufig mit der Auflösung von Loyalitäten gegenüber dem NS-Staat verbunden waren. Bemerkenswert ist, daß auch vorhandene politische Übereinstimmung durch den „Lohnkampf“ selten wirklich beeinträchtigt wurde. Dafür spricht vor allem, daß eingefleischte Nationalsozialisten, Alte Kämpfer, häufig keine Probleme damit hatten, sich an solchen Aktionen zu beteiligen, ja zum Teil sogar die treibende Kraft bei Arbeitskämpfen waren¹⁰⁸. Das gemeinsame Vorgehen war jedenfalls für die direkten Beobachter der Aktionen kein Indiz für den Willen, den NS-Staat zu beseitigen oder zu schwächen, ja noch nicht einmal für ein, insbesondere von Voges herausgehobenes, „gewerkschaftlich geprägtes ökonomisches Klassenbewußtsein“¹⁰⁹. Kollektives Vorgehen bot sich in dieser speziellen Situation lediglich als die günstigste Form an, höhere Gehälter durchzusetzen. Die sozialistischen Berichte zeigen, daß fast alle dieser Aktionen mit ökonomischem Hintergrund stattfanden, bezeichnenderweise fand auch die in solchen Fällen häufig hinzugezogene Gestapo trotz teilweise fieberhafter Suche selten wirklich stichhaltige Anhaltspunkte für politische Motive. Die Gruppe Neu Beginnen zog daraus bereits im Juni 1935 die Konsequenz, nicht mehr von „politischer Opposition“ zu sprechen, nur weil „irgendwo Arbeiter in den Ausstand treten“¹¹⁰.

In den Augen der Betroffenen war die Erreichung höherer Löhne ein wesentliches Indiz für die Wiederherstellung von Normalität. Damit korrespondierte im Bewußtsein der Zeitgenossen, wie die Exilberichte zeigen, der Wunsch nach politischer Beruhigung und öffentlicher Ordnung. Immerhin hatten seit der Gründung der Weimarer Republik bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen bei der Niederschlagung diverser Räterepubliken, zahlreiche politisch motivierte Morde und verschiedene Putschversuche sowie, insbesondere in der Endphase, Straßenschlachten das Bild des öffentlichen Lebens bestimmt. Es wird anhand der Exilberichte sehr deutlich, daß trotz der Verwicklung von Nationalsozialisten in Straftaten und Hochverratsprozesse die NSDAP nach 1933 im Bewußtsein vieler Deutscher eine Art Gewähr für eine zukünftige politische Stabilität bildete. Deutlich zeichnet sich in ihnen auch ab, wie rasch das Bemühen des Regimes, sich nicht nur als wirtschaftlicher, sondern auch als öffentlicher Ordnungsfaktor darzustellen, erfolgreich war. Im Exil wurde deshalb bereits 1935 die Vermutung geäußert, „daß die Angst vor dem Chaos, das nach Hitler kommen mußte, die eigentliche negative Massengrundlage des Regimes“ sei¹¹¹.

Vor diesem Hintergrund ist zum Beispiel die Volksmeinung im Zusammenhang mit dem „Kampf gegen den Bolschewismus“, also die Verfolgung von Kommuni-

¹⁰⁷ Vgl. Mason, Arbeiteropposition, S.301; Voges, Klassenkampf, S.232ff.

¹⁰⁸ Vgl. z.B. DB 1937 (Juni), S.779f.

¹⁰⁹ Voges, Klassenkampf, S.243.

¹¹⁰ NB-Lagebericht 15 (Juni 1935), S.13.

¹¹¹ DB 1935 (Jan.), S.139.

sten im Inland, oder auch die Frontstellung gegen die Sowjetunion zu beurteilen. Wie die Emigrationsberichte zeigen, konnte der vom Nationalsozialismus immer wieder hervorgehobene Anspruch, Europa vor dem Bolschewismus zu retten, von Anfang an in der Bevölkerung auf starke Sympathien rechnen¹¹². Daß dabei die sofort nach der Machtergreifung begonnene Kommunistenverfolgung auf vergleichsweise sehr wenig Resonanz stieß, ist kein Widerspruch, sondern hatte seine Ursachen bezeichnenderweise in der gleichen Furcht vor dem rechtsfreien Chaos, die viele mit Blick auf eine mögliche kommunistische Herrschaft erfüllte¹¹³. So war man zum Teil „mit der Zerschlagung des Marxismus [. . .] begeistert einverstanden“¹¹⁴, insgesamt jedoch fanden das brutale Vorgehen gegen die politischen Gegner und die harten Urteile keine Billigung, weil dies dem allgemeinen Rechtsempfinden widersprach¹¹⁵. Die Versuche staatlicher Organe, „die Konzentrationslager als bloße Besserungsanstalten für asoziale Elemente hinzustellen“¹¹⁶, waren eindeutig durch solche Vorbehalte motiviert und sollten hier offensichtlich die Rechtsbedenken abschwächen.

Unter diesen ordnungspolitischen Gesichtspunkten ist vor allem auch die Aufnahme der Morde im Zusammenhang mit dem Röhm-Putsch zu beurteilen. Es ist bekannt, daß die SA bereits vor 1934 immer stärker in die öffentliche Kritik geriet. Zu wenig schien der Wehrverband, der jahrelang mit und aus der gewalttätigen Konfrontation mit dem politischen Gegner gelebt hatte, im Zaum gehalten werden zu können. Auch das Exil brachte vor dem 30. Juni 1934 Berichte „aus verschiedenen Landesteilen [. . .] über Schlägereien der SA unter sich, zwischen SA und SS, SA und Stahlhelm, SA und Arbeitsdienst, SA und Reichswehr usw. usw.“¹¹⁷. Wiederholt erfuhr die irritierte Öffentlichkeit von der zwangsweisen Auflösung ganzer SA-Stürme aufgrund solcher Vorkommnisse¹¹⁸. Nicht selten gerieten harmlose Personen in die Hände der SA und wurden als tatsächliche oder angebliche Gegner verschleppt. Überdies trug der auch in den Deutschland-Berichten verbreitete Ausspruch des SA-Obergruppenführers und Breslauer Polizeipräsidenten, Edmund Heines, man stehe erst am Anfang, weil der SA als „Hüter und Vollender der deutschen Revolution“ die Sehnsucht „nach bürgerlicher Ruhe“ fremd sei, wenig zur öffentlichen Beruhigung bei¹¹⁹. Ergänzend kam hinzu, daß man das, was man allgemein über die Homosexualität von Röhm und anderen hohen SA-Führern wußte, wohl mehrheitlich als konträr zu den eigenen, „ordentlichen“ sittlichen Vorstellungen betrachtete. Auch das Exil berichtet gelegentlich, obwohl dies wenig mit politischer Aufklärung zu tun hatte, aus dem Homosexuellen-Milieu der SA¹²⁰. Überdies kam hinzu, daß

¹¹² Vgl. DB 1934 (Mai/Juni), S. 172.

¹¹³ Vgl. DB 1935 (Juni), S. 706.

¹¹⁴ DB 1936 (Juni), S. 732; auch DB 1934 (Juni/Juli), S. 199.

¹¹⁵ Vgl. DB 1936 (Febr.), S. 154f.

¹¹⁶ Ebenda, S. 155.

¹¹⁷ DB 1934 (Mai/Juni), S. 144f.

¹¹⁸ Vgl. NB-Lagebericht 3 (Jan. 1934), S. 14.

¹¹⁹ DB 1934 (Mai/Juni), S. 144.

¹²⁰ Vgl. NB-Lagebericht 3 (Jan. 1934), S. 14.

bei dem Konkurrenzverhältnis zwischen SA und Reichswehr die Sympathien eindeutig auf seiten der traditionellen Waffenträger lagen.

Die Vorgänge vom 30. Juni 1934 und den darauffolgenden Tagen, denen nach heutigen Erkenntnissen 89 Menschen zum Opfer fielen¹²¹, waren denn im Verständnis der Öffentlichkeit auch viel mehr als lediglich eine „Disziplinierung der SA“¹²², von der man in den sozialistischen Berichten schon länger gesprochen hatte. Das Erstaunlichste für das Exil war dabei, daß „große, offenbar sehr große Teile des Volkes“, vor allem auch „große Teile der Arbeiterschaft“ der „unkritischen Verhimmelung Hitlers“ verfielen und ihn „wegen seiner rücksichtslosen Entschlossenheit“ feierten¹²³. Bei näherer Betrachtung der Begründungen eröffnete sich den Beobachtern die Dominanz ordnungspolitischer Vorstellungen. So waren „Leute aus dem kleinen Bürgertum und dem Mittelstand“ den Berichten zufolge „vollkommen vor den Kopf geschlagen“, als sie erfuhren, daß innerhalb der SA „30 000 Mark für Gelage ausgegeben und anormale Orgien gefeiert worden sind“¹²⁴. Dagegen hatte sich Hitler als der Mann erwiesen, „der mit energischer Hand durchgreift“, was „doch früher kein Reichskanzler zu tun gewagt“¹²⁵.

In dieses Bild paßt es, daß der NS-Staat den ordnungspolitischen Vorstellungen der Bevölkerung zu entsprechen suchte und sich beeilte, eine juristische Rechtfertigung nachzureichen. Mit der von Carl Schmitt entwickelten Auffassung, hier habe der Führer das Recht durch außergewöhnliche Maßnahmen „geschützt“, war der ordnungspolitische Rahmen des nach üblichen rechtsstaatlichen Kriterien illegalen Vorgehens wieder hergestellt¹²⁶.

Die Dominanz ordnungspolitischer Vorstellungen zeigte sich den Beobachtern ebenso im Zusammenhang mit den Ausschreitungen gegen Juden und jüdische Einrichtungen. Es ist anhand der Berichte unschwer zu erkennen, daß diese von einem – allerdings nicht genau quantifizierbaren – Teil der Bevölkerung abgelehnt wurden¹²⁷. Die Reaktionen weisen darauf hin, daß die Ablehnung vor allem auch deswegen erfolgte, weil das Vorgehen dem eigenen Rechtsempfinden widersprach. Das Argument, die überfallenen Geschäfte hätten „doch vom Magistrat die Konzessionen, da muß man sie doch auch zulassen und dafür sorgen, daß sie ihr Gewerbe ausüben dürfen“¹²⁸, oder der direkte Hinweis auf die fehlende Rechtsgrundlage¹²⁹ machen

¹²¹ Vgl. Norbert Frei, *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933–1945*, München 3¹⁹⁹³, S. 33.

¹²² NB-Lagebericht 3 (Jan. 1934), S. 13.

¹²³ DB 1934 (Juni/Juli), S. 197; NB-Lagebericht 8 (Juni/Juli 1934), S. 2; NB-Lagebericht 9 (Aug./Sept. 1934), S. 1.

¹²⁴ DB 1934 (Juni/Juli), S. 201.

¹²⁵ Ebenda, S. 202 und 200.

¹²⁶ Vgl. Carl Schmitt, *Der Führer schützt das Recht. Zur Reichstagsrede Adolf Hitlers vom 13. Juni 1934*, in: *Deutsche Juristen Zeitung* 39 (1934), Sp. 945–950.

¹²⁷ Vgl. u. a. NB-Lagebericht 16 (Juli 1935), S. 19; DB 1935 (Juli), S. 812f.; StA DT, L113/471, Meldung des stellv. Kreisleiters Detmold, 15. 8. 35.

¹²⁸ DB 1935 (Juli), S. 812.

¹²⁹ Vgl. z. B. DB 1938 (Dez.), S. 1353.

dies deutlich. Auch weist die Tatsache, daß manche sich nicht davon abbringen ließen, daß „diese Juden etwas ausgefressen haben müssen“, auf die Verwurzelung in traditionellen Ordnungskriterien hin¹³⁰. Bestätigung findet dies wiederum in staatlichen Quellen¹³¹. Eindeutig ist, daß man in der Bevölkerung vor allem das Abgleiten in ein allgemeines, rechtsfreies Chaos fürchtete, was letztendlich auch daraus deutlich wird, daß der vorhandene Antisemitismus bestehen bleiben konnte¹³².

Symbol für die wiedererlangte nationale Ordnung und die Kompetenz des Nationalsozialismus in diesen Dingen waren nicht zuletzt Massenkundgebungen oder Truppenparaden. Wie die Exilberichte zeigen, waren selbst „nicht bekehrte Marxisten“ von Veranstaltungen wie dem Nürnberger Parteitag beeindruckt¹³³. Es ist davon auszugehen, daß es dem Dritten Reich auch gerade hiermit gelang, sich besonders öffentlichkeitswirksam als Ordnungsfaktor zu präsentieren.

2. Nation, Aufrüstung, Krieg

Es ist anhand der sozialistischen Berichte unschwer zu erkennen, daß es dem Dritten Reich gelang, den vorherrschenden, im Grunde genommen ungebrochenen Nationalismus in seinem Sinn zu funktionalisieren. Der Nationalismus war und blieb eine durchgängige Grundstimmung und verhinderte zum Teil auch die Arbeit gegen den NS-Staat. „Das Nationale hat so große Anziehungskraft“, bemerkten die Deutschland-Berichte in einer der ersten Ausgaben, „daß sogar ein Teil der Arbeiter eine solche Störungspropaganda als Sabotage an der Aufbauarbeit des Regimes empfinden würde“¹³⁴. Günstig wirkte es sich dabei für das Dritte Reich aus, daß selbst kritisch zum Nationalsozialismus eingestellte Kreise national waren. „Unsere Leute“, resümierte 1936 ein Sopade-Vertrauensmann, „sind heute jeder anationalen Haltung abgeneigt, sie sind zwar für eine internationale Verständigung, sie fühlen sich aber in erster Linie als Deutsche“. Das könne man ihnen nicht austreiben¹³⁵. In dieser Entwicklung hatten vor allem das Erlebnis des Ersten Weltkrieges und die für die Mehrheit überraschend erfolgte Niederlage eine überragende Rolle gespielt. Das national Verbindende wurde, wie das Exil erkannte, der „Nenner Versailles“¹³⁶, der „außerordentlich tief im ganzen Volk verwurzelt“ sei. Es erscheine deswegen kaum als Wunder, vermerkten 1939 im Rückblick die Deutschland-Berichte, „wenn diese Anklage auf die Jugend wirkt, die die Zeit von Versailles nicht miterlebt hat, sie hat

¹³⁰ DB 1938 (Juli), S. 763; nahezu wortgleich IB-Bericht 14 (Juli 1938), S. 5.

¹³¹ Vgl. StA DT, M1 IP/670, Bl. 113, Anonymes Schreiben an die Polizeiverwaltung Minden, 31. 7. 35.

¹³² Vgl. z. B. DB 1938 (Juli), S. 759.

¹³³ DB 1937 (Sept.), S. 1226; NB-Lagebericht 7 (Mai 1934), S. 5.

¹³⁴ DB 1934 (Juni/Juli), S. 210.

¹³⁵ DB 1936 (Febr.), S. 157. Zur Diskussion in der Linken vgl. z. B. Lothar Erdmann, Nation, Gewerkschaften und Sozialismus, in: Die Arbeit 10 (1933), S. 129–161, hier S. 129; Geiger, Soziale Schichtung, S. 113.

¹³⁶ DB 1939 (April), S. 429; folgendes Zitat DB 1940 (Febr.), S. 107.

[. . .] auch auf die Älteren gewirkt. Es ist merkwürdig, die Leute hören die Verurteilung des Friedensvertrages von Versailles seit 20 Jahren, sie hören sie seit 10 Jahren in einem ununterbrochenen Wortschwall, und dennoch sprechen sie heute so, als hätten sie alle Argumente, die Hitler gegen Versailles vorbrachte, . . . zum ersten Mal gehört. Alle sind [. . .] überzeugt, daß Versailles ein ungeheures Unrecht war, das wieder gutgemacht werden mußte. Das trifft auch für die Nazi-Gegner zu.¹³⁷

Versailles wurde zum Universalschuldigen für Fehlentwicklungen, Nachteile und persönliche Mißerfolge in der Nachkriegszeit, und die Annahme unter Arbeitnehmern, der Friedensvertrag sei „am Tiefstand der Existenzmöglichkeiten des deutschen Arbeiters schuld“, war nicht selten¹³⁸.

Man kann den sozialistischen Berichten und den Parallelquellen entnehmen, daß die gesamte Vorkriegszeit, aber ebenso, wenn auch weniger euphorisch, die Kriegsjahre von einer nationalistischen Stimmung erfüllt waren. Mitte der dreißiger Jahre erreichten das Exil bereits Meldungen, daß selbst politische Gegner, selbst „Leute, die früher links von uns standen und sogar Kommunisten waren“, nachdem sie in einen Rüstungsbetrieb eingestellt worden waren, zu Verteidigern des Regimes wurden¹³⁹. Dabei war der unter Rüstungsarbeitern vorhandene Nationalismus, der oft auch mit dem Übergang zu explizit nationalsozialistischen Positionen verbunden war¹⁴⁰, nicht die Ausnahme. Deutschland mache nicht den Eindruck, urteilte man in der Emigration bereits 1934, „daß die Hurra-Stimmung etwa durch den Terror des Regimes allein erzeugt wird“¹⁴¹.

Schon 1933 war nach Angaben der Gruppe Neu Beginnen der Austritt aus dem Völkerbund durch „eine regelrechte nationale Begeisterung“ begleitet worden, auch hier hätten selbst unter Arbeitern „sehr einheitlich“ die „patriotischen Stimmungen Oberwasser“ gehabt¹⁴². Vielfach gebrochen durch Phasen von Kriegspsychosen, erreichte der Nationalismus seinen Höhepunkt bei der Besetzung des Rheinlandes 1936 und beim Anschluß Österreichs 1938. Deutlich zeigen die Berichte allerdings auch, daß sich jedes Mal die Begeisterung erst dann wirklich entwickelte, als – oft wider Erwarten – kein Krieg begann.

Die sozialistischen Meldungen lassen keinen Zweifel daran, daß sich die Stimmung beim tatsächlichen Beginn der militärischen Auseinandersetzung im September 1939 auffällig genau wie in der Vorkriegszeit entwickelte. Einerseits bestätigen sie die in der Forschung vertretene Auffassung¹⁴³, die Mehrheit der Deutschen sei zu Kriegsbeginn ebensowenig begeistert gewesen wie etwa in den ersten Stunden der Rheinlandbesetzung oder des Anschlusses Österreichs. Nach Aussage der Sozialistischen Informations-Briefe fragten sich insbesondere diejenigen, „die in den letzten Jahren

¹³⁷ DB 1939 (April), S. 426; ebenso DB 1939 (Mai), S. 583.

¹³⁸ DB 1936 (März), S. 313.

¹³⁹ DB 1935 (März), S. 283.

¹⁴⁰ Vgl. unten S. 465.

¹⁴¹ DB 1934 (Nov./Dez.), S. 725.

¹⁴² NB-Lagebericht [1/2] (Dez. 1933), S. 4.

¹⁴³ Vgl. z. B. Steinert, Krieg, S. 26.

gut verdient hatten“, ob dieser Krieg nicht vermeidbar gewesen sei, man habe doch „gut gelebt“¹⁴⁴. Andererseits machen die Berichte aber auch deutlich, daß diese Antikriegsstimmung wiederum nicht anhielt, sondern wie 1936 oder 1938 in dem Maße zurückging, in dem die gehegten Befürchtungen nicht eintraten. Bezeichnenderweise sprach eine 1944 verfaßte Denkschrift der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“¹⁴⁵ im Rückblick auf den September 1939 von einer „nachträgliche[n] Kriegsbegeisterung, da ‚alles gut gegangen‘ war“¹⁴⁶. In der Bevölkerung fürchte man „jetzt den Krieg nicht mehr“, bemerkten die Deutschland-Berichte Anfang 1940, denn „er erscheint jetzt viel weniger schrecklich“. Man komme „ja auch zurück“ und es seien „ja nur 10 000 gefallen, was macht das schon bei einem 90-Millionen-Volk“¹⁴⁷.

Hinter diesem Stimmungswechsel stand in nicht geringem Ausmaß, wie die Meldungen unschwer erkennen lassen, die Auffassung, man befinde sich im Recht und halte sich nach wie vor im Rahmen einer „berechtigten Revision“ des Versailler Vertrags. So hatten die Berichte bereits seit März 1939 immer wieder festgestellt, in der Bevölkerung werde „viel über den polnischen Korridor diskutiert“, und dabei sei „die fast übereinstimmende Meinung [. . .], daß dieses Gebiet wieder an Deutschland zurückgegeben werden müsse“¹⁴⁸. Insbesondere nach dem offensichtlich als Einmischung empfundenen Brief Roosevelts vom April 1939, in dem dieser Deutschland zu einer Nichtangriffsgarantie für insgesamt 31 Staaten aufgefordert hatte, war in der Bevölkerung „der Kampf Hitlers gegen Versailles [. . .] erneut gerechtfertigt“ erschienen¹⁴⁹. Nicht zuletzt fanden die Beobachter vor Kriegsbeginn „fast überall“ die Meinung, daß „es den Polen ganz recht geschehe, wenn es ihnen an den Kragen ginge“¹⁵⁰. Man müsse es deshalb „als Tatsache hinnehmen“, so die Deutschland-Berichte bereits im März 1939, daß „im deutschen Volke unter Einschluß der Nazigegegnern ein Vorgehen gegen Polen, und wenn es Krieg wäre, allgemein auf Zustimmung stoßen würde“. Für das Exil war jedenfalls eindeutig, daß in der Bevölkerung, trotz aller Kriegsfurcht, der „Kampf gegen Polen [. . .] populär“ sei¹⁵¹.

¹⁴⁴ SIB 48 (Okt. 1939), S. 23; ähnlich DB 1940 (März), S. 165.

¹⁴⁵ Innerhalb der „Union“ waren ab 1941 unter anderem die Londoner Vertretung der SPD sowie Teile der Gruppe Neu Beginnen tätig.

¹⁴⁶ AdsD, ES/182, Union, „Im Kriege“, o. O. o. J. [1944], S. 3.

¹⁴⁷ DB 1940 (Jan.), S. 29.

¹⁴⁸ DB 1939 (März), S. 275.

¹⁴⁹ DB 1939 (April), S. 428. Von regimeinterner Seite wird dies bestätigt. So äußerte etwa der später am 20. Juli beteiligte General Hoepner, die Polenfrage müsse ja einmal gelöst werden; vgl. Ulrich Heinemann, Krieg und Frieden an der „inneren Front“. Normalität und Zustimmung, Terror und Opposition im Dritten Reich, in: Christoph Kleßmann (Hrsg.), Nicht nur Hitlers Krieg. Der Zweite Weltkrieg und die Deutschen, Düsseldorf 1989, S. 25–49, hier S. 35.

¹⁵⁰ DB 1939 (März), S. 275; folgende Wiedergaben ebenda. Vgl. dazu auch Leonidas E. Hill (Hrsg.), Die Weizsäcker-Papiere, Berlin 1974, S. 157.

¹⁵¹ SIB (Dez. 1939), S. 33. Nicht zuletzt waren dafür auch die traditionellen Vorurteile in der Bevölkerung gegen Polen verantwortlich, wie sie in den Exilberichten sehr zahlreich vermerkt wurden; vgl. Stöver, Volksgemeinschaft, S. 206 f.

Es spricht zudem für die These, man habe höchstens die Nachteile einer militärischen Auseinandersetzung gefürchtet, nicht aber den Krieg grundsätzlich, z. B. aus überzeugtem Pazifismus, abgelehnt, daß bezeichnenderweise nicht nur „keine aktive Antikriegsstimmung“¹⁵² aufkam, sondern auch ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn „von einer defatistischen Stimmung [...] nichts zu bemerken“ war¹⁵³. Statt dessen fanden die Vertrauensleute immer mehr Belege für eine deutliche Solidarisierung mit dem Regime im Krieg. Diese äußerte sich zum Beispiel in der „Vorstellung von dem Boot, in dem alle sitzen“¹⁵⁴, oder in der Auffassung, man müsse „in Kriegszeiten zu seinem Land stehen“¹⁵⁵ und deshalb „zum Führer halten, eine Revolution wäre Verrat“¹⁵⁶. Darüber hinaus wiesen die Meldungen wiederholt darauf hin, daß „gegen alle Erwartung die Perspektiven des Nazismus im Volk populär sind“¹⁵⁷. Es sei daher auch ein Irrtum zu glauben, schrieb ein Berichterstatter der Sopade 1940, „wenn man den Krieg im Reich für unpopulär hält und den Willen zum Sieg gering einschätzt“. Bezeichnenderweise äußerte bekanntlich auch Hitler in einer Oberbefehlshaberbesprechung im November 1939, er halte die Moral der Deutschen für so gut, „daß sie nur schlechter werden“ könne¹⁵⁸.

Trotz bestehender Befürchtungen war die Akzeptanz der militärischen Auseinandersetzung sicherlich mehr als die bereits in den sechziger Jahren zitierte „widerwillige Loyalität“¹⁵⁹, einen Begriff, den Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul mit dem Terminus der „loyalen Widerwilligkeit“ wiederbelebt haben¹⁶⁰. Die sozialistischen Berichte bestätigen ausdrücklich die erst in den letzten Jahren von der Forschung betonte Einschätzung, es sei „nicht nur Hitlers Krieg“ gewesen¹⁶¹. „Viele glauben“, hieß es in den Deutschland-Berichten 1940, „daß diesmal der Krieg gewonnen werden kann“¹⁶². Es sei jetzt „die große Abrechnung“, zitierten die Berichte einen Angestellten im November 1939, England werde „dieses Mal Hören und Sehen vergehen“¹⁶³. Ähnliche, teilweise gleichlautende Aussagen, die belegen, daß die

¹⁵² DB 1940 (Jan.), S. 25.

¹⁵³ DB 1940 (April), S. 223.

¹⁵⁴ DB 1939 (Nov.), S. 1024, 1026.

¹⁵⁵ DB 1940 (Jan.), S. 14.

¹⁵⁶ DB 1940 (April), S. 223; DB 1940 (März), S. 160.

¹⁵⁷ DB 1940 (Febr.), S. 112; folgende Zitate ebenda.

¹⁵⁸ Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Nr. 384, S. 345–350, hier S. 350. In der Literatur findet man zu diesem Zitat in der Regel die Interpretation, Hitler sei sich der Deutschen „nicht mehr ganz sicher“ gewesen. (Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, *Großdeutschland, Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes*, München 1993, S. 164.) Meines Erachtens steht diese Deutung dem Gesamthalt der Ausführungen Hitlers entgegen und widerspricht auch den vorhandenen Erkenntnissen zur Volksstimmung Ende 1939.

¹⁵⁹ Helmut Krausnick u. a., *Der deutsche Widerstand und die Alliierten*, in: *Vollmacht des Gewissens*, hrsg. von der Europäischen Publikation e. V., Bd. II, Frankfurt a. M. 1965, S. 475–522, hier S. 482.

¹⁶⁰ Vgl. Anm. 1.

¹⁶¹ Kleßmann, *Krieg*, Vorwort.

¹⁶² DB 1940 (Jan.), S. 24.

¹⁶³ DB 1939 (Nov.), S. 1030.

Auffassung eines „zweiten Griiffs nach der Weltmacht“ durchaus vorhanden war, registrierten auch die regimeinternen Meldungen¹⁶⁴. Nach Meinung der Sopade-Berichte hatte sich diese Vorstellung „so in den Köpfen festgesetzt, daß es sogar Leute gibt, die daraus folgern: wenn nicht in diesem, dann muß England in einem nächsten Krieg geschlagen und vernichtet werden. Deshalb will man durchhalten, um diese – wie der Nationalsozialismus dem Volke weismacht – nun einmal schicksalhafte Prüfung Deutschlands zu bestehen. Nur so ist es verständlich, daß die schweren Belastungen von der Bevölkerung ertragen werden und nicht zum Aufbegehren, sondern eher zum Gegenteil führen. Wenn man im Reich die Ohren aufhält, so hört man von allen Leuten nur Klagen. Alle diese Äußerungen der Verstimmung [. . .] sind aber nicht von politischen Schlussfolgerungen begleitet, oder wenn, dann von dem pro-nazistischen. Dem Ausruf des Unmuts folgt immer wieder die gehorsame Feststellung, es sei ja nicht anders möglich, sei notwendig, könne nicht umgangen werden.“¹⁶⁵

Damit korrespondierte, daß sich nicht nur die Friedenshoffnungen zunächst deutlich in Richtung eines „Sieg-Friedens“ verschoben¹⁶⁶, sondern auch, daß nach den Exilrecherchen allgemein „das Gift des Eroberungswillens [. . .] schon stark in die Volksmeinung eingedrungen“ war¹⁶⁷. Bereits vor dem Krieg hatten viele „die Eroberungsabsichten Hitlers als verständlich, wenn nicht gar als gerecht“ empfunden¹⁶⁸, und schon Mitte der dreißiger Jahre waren von den Vertrauensleuten „Patrioten“ ausgemacht worden, „die schon davon schwärmen, daß die Ukraine eine zukünftige deutsche Provinz wird“¹⁶⁹. Dies war mit der Hoffnung auf zukünftige deutsche Größe verknüpft, aber auch mit der Aussicht auf den eigenen sozialen und beruflichen Aufstieg.

Die sozialistischen Berichte zeigen darüber hinaus, daß im weiteren Verlauf des Krieges, insbesondere nach dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie 1941/42, zwar die Hoffnungen auf ein schnelles Ende des Krieges nachließen, die Verbundenheit mit dem Regime aber nur wenig abgeschwächt wurde. Maßgeblich dafür waren, wenn man den Meldungen folgt, vor allem die alliierten Nachkriegsplanungen, die eine erneute Stabilisierung bewirkten, die vom Exil ebenfalls wieder als „negative Massengrundlage für das Regime“ bezeichnet wurde¹⁷⁰. Schon 1939/40 waren die Befürchtungen in der Bevölkerung in Richtung eines „Über-Versailles“ im Falle einer deutschen Niederlage gegangen, woran nach Exilmeinung die nationalsozialistische Propaganda einen erheblichen Anteil hatte¹⁷¹. Besondere Wirksamkeit¹⁷² entwickelte demnach die im Entstehungsjahr 1941 vom Reichspropagandaministerium ins Deut-

¹⁶⁴ StA DT, M18/19, Bl. 22, Lagebericht SD Bielefeld, 14. 3. 1942.

¹⁶⁵ DB 1940 (Febr.), S. 97 f.

¹⁶⁶ DB 1940 (Jan.), S. 13; entsprechend StA DT, M18/13, Bl. 99, Lagebericht SD Höxter, 26. 6. 41, und StA DT M18/19, Bl. 20, Lagebericht SD Dortmund, 14. 3. 42.

¹⁶⁷ DB 1939 (April), S. 431.

¹⁶⁸ DB 1939 (Juli), S. 840/842.

¹⁶⁹ DB 1936 (Dez.), S. 1548.

¹⁷⁰ DB 1940 (Febr.), S. 104.

¹⁷¹ Vgl. z. B. DB 1940 (Jan.), S. 28; DB 1940 (April), S. 222 f.

¹⁷² Vgl. IGR 26 (May 1944), S. 19; SM 43 (Nov. 1943), S. III f.

sche übersetzte und publizierte Schrift des Amerikaners Theodore N. Kaufman „Germany must perish“, in der die physische Vernichtung der Deutschen gefordert und als angeblicher Plan detailliert beschrieben wurde¹⁷³. Befriedigt stellte der SD 1942 fest, daß zur Klarstellung der Notwendigkeit des Krieges „nicht zuletzt die Verbreitung der Handschrift des amerikanischen Juden Kaufman beigetragen“ habe¹⁷⁴. Parallel dazu lösten Schriften des britischen Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Lord Vansittart, oder des sowjetischen Wirtschaftsexperten und Stalinberaters Jenö (Eugen) Varga, aber auch beispielsweise die Atlantik-Charta ähnliche Unruhe aus¹⁷⁵. „Aufteilungsphantasien“¹⁷⁶ oder Kollektivschuldthesen, so hatten sowohl Neu Beginnen als auch die Sopade bereits am Beginn des Krieges kritisiert, seien deshalb völlig untauglich, die Deutschen von ihrer Führung zu trennen. Man brauche dazu nur zu verfolgen, „mit welcher Begierde die Nazipresse jede Rede und jeden Artikel eines westeuropäischen Politikers oder eines von allen guten Geistern verlassenen Emigranten aufgreift [. . .]“, wenn es darum gehe, mit Hilfe alliierter Nachkriegsplanungen die Verbundenheit mit dem Regime zu stärken.

3. Ideologische Mobilisierung

Auf ideologischem Gebiet läßt sich die gegenüber dem Dritten Reich vorhandene Loyalität anhand der Berichte vor allem daran ablesen, wie rasch und in welchem Ausmaß NS-Argumentationsmuster in der Bevölkerung aufgenommen wurden. Neu Beginnen sprach bereits im Dezember 1933 in der ersten Ausgabe der Lageberichte von einem „Einbruch faschistischer Ideologien in alle Klassen der deutschen Gesellschaft“¹⁷⁷. Auffällig ist bei Durchsicht der Meldungen in der Tat, daß bestimmte Propagandaformeln auch „von dem Regime sonst kritisch Gegenüberstehenden“¹⁷⁸ aufgenommen wurden, selbst solche Bezüge, an die „vorher kein Mensch in Deutschland [. . .] gedacht hat“¹⁷⁹. Ein besonders deutliches Beispiel dafür ist die Goebbels-Interpretation der militärischen Auseinandersetzung als „Klassenkampf der Völker“, die bereits kurz nach ihrer ersten Erwähnung „häufig aufgegriffen“

¹⁷³ Vgl. Wolfgang Diewerge, Das Kriegsziel der Weltplutokratie. Dokumentarische Veröffentlichung zu dem Buch des Präsidenten der amerikanischen Friedensgesellschaft Theodore Nathan Kaufman „Deutschland muß sterben“, Berlin 1941. Zum Hintergrund Wolfgang Benz, Judenvernichtung aus Notwehr? Die Legenden um Theodore N. Kaufman, in: VfZ 29 (1981), S. 615–630.

¹⁷⁴ StA DT M18/19, Lagebericht SD Bielefeld, 14.3. 1942. Weitere Nachweise auch zur gezielten propagandistischen Verarbeitung: StA DT, L113/523, Gaupropagandaleitung Westfalen-Nord, 7.7. 1944, und StA DT, L113/522 vom 13.8. 1944.

¹⁷⁵ Zu Vansittart: SM 40 (1.8. 42), S.7; IGR 22 (June 1942), S.12. Zu Varga: IGR 26 (May 1944), S.19; SM 43 (Nov. 1943), S.III f.; SM 63/64 (Juni/Juli 1944), S.6. Zur Atlantic-Charta: IGR 22 (June 1942), S.12.

¹⁷⁶ SIB 49 (Dez. 1939), S.16; folgende Zitate ebenda, S.17.

¹⁷⁷ NB-Lagebericht o. Nr. [1/2] (Dez. 1933), S.13; NB-Lagebericht 15 (Juni 1935), S.6.

¹⁷⁸ SIB 46/47 (Juli 1939), S.32.

¹⁷⁹ DB 1940 (April), S.223.

wurde¹⁸⁰. Goebbels finde immer dann „am meisten Anklang, insbesondere auch bei Arbeitern, wenn er auf den Reichtum Englands und die Armut Italiens und Deutschlands aufmerksam macht“, schrieben 1939 die Deutschland-Berichte¹⁸¹. Und der Neu-Beginnen-Grenzsekretär Knoeringer konstatierte 1940 in einer Denkschrift, es gebe viele Deutsche, „die ohne Nazi zu sein, sagen: ‚Na, wenn schon Krieg, vielleicht ist er notwendig, weil die Welt sonst das Lebensrecht Deutschlands nicht anerkennt‘“¹⁸². Daß dabei vielfach die „Logik der Tatsachen“ der Propaganda in die Hände spielte, also beispielsweise Nahrungsmittelmangel die „Lebensraumtheorien“ unterstützte, ist evident¹⁸³.

Ähnliche Übernahmen nationalsozialistischen Gedankenguts lassen sich anhand der Meldungen vielfältig aufführen. So ist unbezweifelbar, daß die antijüdische Propaganda wirksam war, insbesondere wenn sie die Vorstellung einer politisch-wirtschaftlichen Allmacht des Judentums betraf¹⁸⁴. So nannten die sozialistischen Berichte Kleingewerbetreibende, die die durch die NS-Wirtschaftspolitik verursachten „Außenhandelschwierigkeiten auf irgendeinen geheimen Trick der Juden“ zurückführten¹⁸⁵, oder ehemalige SPD-Mitglieder, die annahmen, „daß es ein Fehler war, daß wir so viele Juden an unseren führenden Stellen hatten“¹⁸⁶. Auch bei Arbeitern wiesen die Meldungen antisemitische Vorbehalte nach¹⁸⁷. Insgesamt waren es nach ihren Recherchen „nicht wenige, die, obwohl keine Nationalsozialisten, dennoch in gewissen Grenzen damit einverstanden sind, daß man den Juden die Rechte beschneidet, sie vom deutschen Volke trennt. Diese Meinung vertreten auch sehr viele Sozialisten. Sie sind zwar nicht mit den harten Methoden einverstanden, die die Nazis anwenden, aber sie sagen doch: ‚Den Juden schadet's nicht.‘“¹⁸⁸

Es gibt in den sozialistischen Berichten eine Vielzahl von Belegen, nach denen „Arier“ die nationalsozialistische Judenpolitik dazu nutzten, ihre jüdischen Konkurrenten auszuschalten und damit zumindest ihre Bereitschaft zur Annahme von NS-Gedankengut zeigten. Nachweisbar ist dies etwa unter Handel- und Gewerbetreibenden, unter Ärzten oder unter Rechtsanwälten. Auch Studenten gingen teilweise davon aus, ihnen würden „durch Juden- und Marxistenverfolgung wirtschaftliche Wege geöffnet“¹⁸⁹. Es gibt aber ebenso Berichte, die zeigen, wie leicht man über antisemitische Vorbehalte hinweggehen konnte, wenn man von jüdischer Kundschaft ab-

¹⁸⁰ Ebenda. Der Aufsatz „Klassenkampf der Völker“ erschien am 3.9. 1939 als Leitartikel, abgedruckt in: Joseph Goebbels, Die Zeit ohne Beispiel. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1939/40/41, München 1941, S.157–163. Auch Hitler hatte im Reichstag am 30.1. 1939 ähnlich argumentiert.

¹⁸¹ DB 1939 (Juni), S.694.

¹⁸² AdsD, NLK/137, [Knoeringer] Bemerkungen zu den Sendungen seit 1. Februar 1940, S.13.

¹⁸³ Vgl. z.B. DB 1939 (April), S.431.

¹⁸⁴ Vgl. z.B. DB 1934 (April/Mai), S.50.

¹⁸⁵ DB 1934 (April/Mai), S.50.

¹⁸⁶ DB 1935 (Sept.), S.1021.

¹⁸⁷ Vgl. DIB 61 (29.4.40), S.13.

¹⁸⁸ DB 1936 (Jan.), S.26.

¹⁸⁹ DB 1934 (Mai/Juni), S.117.

hängig war oder in jüdischen Geschäften preiswerter einkaufen konnte. Am ausgeprägtesten scheint dies auf dem Land gewesen zu sein, wo noch im letzten Drittel der dreißiger Jahre jüdische Viehhändler tätig sein konnten. Seinen Grund hatte dies nicht nur darin, daß die „arischen“ Konkurrenten nicht in der Lage waren, die Aufgaben vollständig zu übernehmen; vor allem hielten die Bauern an den jüdischen Viehhändlern fest, weil sie bei ihnen einen besseren Erlös erzielten¹⁹⁰.

Auch dieses Verhalten gegenüber Juden ist in einem Teil der Forschung als Widerstand bezeichnet worden¹⁹¹, und es stellt sich die Frage, inwieweit es sich um „Resistenz“, um eine Begrenzung des umfassenden NS-Herrschaftsanspruches handelte. Nach den sozialistischen Berichten zu urteilen, lag diesen Bauern jedoch eine politische Demonstration gegen den Nationalsozialismus oder für die freie Berufsausübung von jüdischen Viehhändlern eher fern. Ihr Handeln war überwiegend von praktischen Erwägungen geleitet, was auch die staatlichen Stellen feststellten¹⁹². Eine Motivation, den NS-Staat zu schwächen, ist keinesfalls nachweisbar. Daß auch andere Bevölkerungsgruppen zum Beispiel den Einkauf in jüdischen Geschäften nicht als Loyalitätseinschränkung gegenüber dem NS-Staat betrachteten, ist daraus zu ersehen, daß auch NSDAP-Mitglieder, Beamte, SA- oder SS-Leute keine Hemmungen zeigten, dort einzukaufen¹⁹³.

Belege für eine verbreitete Judenfeindschaft fanden die Beobachter auch bei antisemitischen Krawallen, an denen sich offensichtlich auch Deutsche beteiligten, die nicht zur SA oder zu anderen NS-Verbänden gehörten. Man solle sich nicht täuschen lassen, hatte ein Sopade-Vertrauensmann bereits vor dem Pogrom 1938 gewarnt, viele Menschen seien „infolge der langen antisemitischen Hetze selbst antisemitisch geworden“¹⁹⁴. In letzter Konsequenz stellten die Berichte jedoch gegenüber der NS-Judenpolitik immer häufiger einen Abstumpfungsprozess fest¹⁹⁵. Dazu gehörte dann schließlich auch, daß eine Auseinandersetzung mit den kursierenden Gerüchten über die „Endlösung“, wie sie die Exilberichte ebenfalls wiedergaben, im wesentlichen nicht stattfand.

Ähnliche Wirksamkeit besaß nach Erkenntnissen des Exils das bereits erwähnte antibolschewistische Feindbild. Angesichts des grundlegenden und übergreifenden gesellschaftlichen Konsenses hatte die Sopade 1934 auch diesen Bereich als eine „negative Massengrundlage des Regimes“ bezeichnet¹⁹⁶. Gerade während des spanischen Bürgerkriegs und dann wieder während des Krieges gegen die Sowjetunion zeigten die Berichte vor allem die schnelle Verbreitung der Vorstellung von Hitler als „Ret-

¹⁹⁰ Vgl. z. B. DB 1937 (Nov.), S. 1573; DB 1935 (Juli), S. 813.

¹⁹¹ Vgl. Hans Mommsen u. a., Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933–1943, in: Ders. u. a. (Hrsg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 374–486, hier S. 377.

¹⁹² Vgl. StA DT, M1 IP/630, S. 247, Lagebericht Regierungspräsident Minden, Nov./Dez. 1935.

¹⁹³ Vgl. z. B. DB 1934 (Aug./Sept.), S. 392.

¹⁹⁴ DB 1938 (Juli), S. 758.

¹⁹⁵ Vgl. DB 1935 (Aug.), S. 928 f.

¹⁹⁶ DB 1934 (Mai/Juni), S. 172.

ter“ vor der Gefahr einer Bolschewisierung Europas¹⁹⁷. Selbst in der Arbeiterschaft war angesichts der propagierten Alternative offensichtlich häufiger die Meinung „dann schon lieber Hitler“ vertreten¹⁹⁸.

Als ein weiterer Beleg für die gelungene ideologische Mobilisierung wurde vom Exil die Mitarbeit in NS-Organisationen gewertet¹⁹⁹. Dies war insofern folgerichtig, als der NS-Staat von Beginn an darauf achtete, daß Personen, die offizielle Ämter oder staatliche bzw. parteiamtliche Positionen bekleideten, loyal zum Nationalsozialismus standen. Die Berichte geben eine Vielzahl von Belegen, die zeigen, daß selbst ehemalige Gegner des Dritten Reiches sich für die Mitarbeit in verschiedenen Organisationen gewinnen ließen²⁰⁰. Dies bestätigen auch die regimeinternen Akten, in denen zuweilen die frühere SPD-Mitgliedschaft eines NSDAP-Ortsgruppenleiters oder die KPD-Zugehörigkeit eines NS-Amtswalters angesprochen wurde²⁰¹.

Grundsätzlich tat man sich im Exil sowohl mit der Tatsache, daß es solche „Überläufer“ gab, als auch mit der Frage nach den Gründen dafür sehr schwer. In der Regel vermutete man, daß diese „den Weg der Gleichschaltung, von dem sie sich die Rettung ihrer Existenz versprochen, für das „kleinere Übel“ hielten²⁰². Darüber hinaus wurde allerdings auch der Anziehungskraft des „Nationalen Sozialismus“ erhebliche Bedeutung zugeschrieben. Häufiger mußten die Vertrauensleute von ehemaligen Oppositionellen hören, der Nationalsozialismus bewirke „heute viel, was eigentlich wir hätten machen sollen“²⁰³. Dazu gehörten vor allem die Angebote des Amtes „Kraft durch Freude“, das bekanntermaßen für solche populären Projekte wie den KdF-Wagen oder die KdF-Reisen verantwortlich zeichnete²⁰⁴. KdF erschien, wie die Sopade bereits 1936 konstatierte, „geradezu [als] ein Symbol des von der NSDAP repräsentierten „Nationalen Sozialismus““²⁰⁵. Dabei sollte nicht unterschlagen werden, so das Exil, daß solche Angebote gleichzeitig „eine geschickte Spekulation auf die kleinbürgerlichen Neigungen“ seien, denn so entstehe nicht zuletzt das Gefühl, daß man „dadurch in der sozialen Stufenleiter eine Sprosse höher gekommen sei“²⁰⁶. Aber KdF wirkte eben nicht nur durch spektakuläre Maßnahmen. Die sozialistischen Berichte vermitteln überdies ein anschauliches Bild, in welchem Umfang hier die Verknüpfung von Freizeit und Indoktrination gelang. Gerade die

¹⁹⁷ Vgl. z. B. SWB 30 (Sept. 1937), S. 15.

¹⁹⁸ DB 1936 (Sept.), S. 1096.

¹⁹⁹ Vgl. NB-Lagebericht 14 (Mai 1935), S. 3.

²⁰⁰ Vgl. z. B. DB 1935, S. 448; DB 1936, S. 177, 726 f., 743, 874; DB 1937, S. 949, 1260, 1276; DB 1938, S. 582; DIB 61, S. 11; NB-Lagebericht 8, S. 15.

²⁰¹ Vgl. StA DT, L113/401, Kreisleiter Detmold an einen Ortsgruppenleiter, 21. 1. 1935.

²⁰² AdSD, ES 96, Jahresbericht 1933/Karlsbad, 8. 1. 1934 [Willi Lange]. Hannah Arendt hat 1964 noch einmal dieses Argument angeführt, um die massenhafte „Hinnahme“-Mentalität der Deutschen zu charakterisieren; vgl. Hanna Arendt, Was heißt persönliche Verantwortung unter einer Diktatur?, in: Dies., Nach Auschwitz. Essays und Kommentare 1, Berlin 1989, S. 81–97, hier S. 85 f.

²⁰³ DIB 61 (29. 4. 1940), S. 9.

²⁰⁴ Zum gesamten Bereich Stöver, Volksgemeinschaft, S. 271 ff.

²⁰⁵ DB 1936 (Juli), S. 880.

²⁰⁶ DB 1938 (Febr.), S. 172.

von diesem Amt aus organisierten Kameradschaftsabende, Maikundgebungen oder Sportaktivitäten fanden regen Zuspruch, weil sie in der Regel kaum als politische Veranstaltung, sondern als Freizeit verstanden wurden. Damit korrespondierte, daß mancherorts die direkte Politisierung bisweilen auf Unwillen stieß und der NS-Staat sich in solchen Fällen beeilte, den freizeitorientierten Charakter solcher Veranstaltungen noch stärker zu betonen. Von Exilseite jedenfalls hatte man ebenso wie auf staatlicher Seite den Eindruck, hier zeige sich am deutlichsten, in welchem Umfang die angestrebte „Volksgemeinschaft“ bereits gelungen sei²⁰⁷.

Gerade diese Anerkennung von Leistungen des Dritten Reiches erscheint als wesentliche Triebfeder, die zur Mitarbeit in Organisationen führte. Dabei mußte es ja nicht immer eine auf den ersten Blick verantwortungsvolle Position sein. Vielfach wurden von ehemaligen NS-Gegnern nur die unpolitischen Aufgaben zum Beispiel eines Sportwarts wahrgenommen, was allerdings letztendlich eben auch eine Unterstützung des NS-Staats bedeutete. Bezeichnend für die Tragweite dieser Verhaltensweisen ist, daß das Exil glaubte, daß solche Personen für den Widerstand nicht mehr in Frage kämen²⁰⁸.

Diese indirekte Ideologisierung beobachtete das Exil darüber hinaus vor allem auch im Arbeitsleben. Hier gelinge es, warnte die Sopade 1938, auch bisher abseits stehende Personen „an ihrem Berufsehrgeiz zu packen und ihnen zugleich auf der Hintertreppe die Gesinnung anzuhängen, der sie beim Haupteingang ausgewichen sind“²⁰⁹. Dies ist am Beispiel der rassistisch begründeten Leistungsideologie besonders sichtbar. Angesprochen fühlten sich von der, wie die Sopade es empfand, „sehr wirksamen Leistungspropaganda“²¹⁰ nicht nur jene, die sich traditionell als Leistungselite definierten, also z. B. der neue Mittelstand, sondern auch und gerade Arbeiter, insbesondere aus der Rüstungsindustrie. Gerade in High-Tech-Bereichen, z. B. im Flugzeug- oder U-Boot-Bau, war dies zu beobachten. In den Heinkel-Werken in Rostock machte sich nach Erkenntnissen des Exils beispielsweise „geradezu ein neuer Berufsstolz breit“²¹¹, Messerschmitt-Beschäftigte ließen sich als „königliche Arbeiter“ und „Görings Kinder“ feiern, und auch in der U-Boot-Motorenfabrikation bei MAN in Augsburg übertrug sich das NS-Arbeitsethos „in geschickter Weise [. . .] auch auf die Arbeiterschaft [. . .]“²¹². Ähnliches wurde in der Autoindustrie beobachtet, wo sich ebenfalls nach Auffassung des Exils die nationalsozialistische „Spekulation an den Berufsehrgeiz [als] [. . .] richtig“ erwiesen hatte²¹³.

²⁰⁷ Für diese Tatsache gibt es eine Vielzahl von Belegen. Vgl. dazu die Angaben bei Stöver, *Volksgemeinschaft*, S. 271 ff.

²⁰⁸ Vgl. NB-Lagebericht 14 (Mai 1935), S. 3; DB 1934 (Juni/Juli), S. 211.

²⁰⁹ DB 1938 (Nov.), S. 1267.

²¹⁰ DB 1937 (Juni), S. 799.

²¹¹ DB 1934 (Juni/Juli), S. 210.

²¹² DB 1937 (Sept.), S. 1293.

²¹³ DB 1940 (Febr.), S. 128. Horch-Arbeiter etwa waren sehr stolz auf ihre Leistung, nachdem ihnen mitgeteilt worden war, „die deutschen Kraftwagen hätten sich in Polen ausgezeichnet bewährt und es kämen täglich Dankbriefe von den Soldaten aus dem Felde, die die gute Qualität rühmen“.

IV. Das Exil, das Regime und die Deutschen

Folgt man den Meldungen, so gab es folgende Entwicklung der Gesamtstimmung im nationalsozialistischen Deutschland. Zwischen 1933 und Anfang 1935 verhielt sich die Mehrheit der Deutschen gegenüber dem Dritten Reich anpassungsbereit und/oder abwartend. Die Berichte sprachen von einer „stimmungsmäßigen Bejahung durch die Mehrheit des Volkes“²¹⁴. Eine reale Chance zur Änderung der Machtverhältnisse schien dann zwischen 1935 und 1937 gegeben, als sich, durch die beginnende wirtschaftliche Normalisierung gefördert, unter anderem Lohnkämpfe entwickelten, die aber dann doch mehrheitlich in individualisierter Form verliefen. Die gleichermaßen von beiden sozialistischen Gruppen als „erwachender Widerstand“ gefeierten Aktionen stellten sich schließlich lediglich als Versuche von Arbeitnehmern heraus, die eigene ökonomische Lage in der Hochkonjunkturphase zu verbessern²¹⁵. Verbunden waren sie mit einer Betonung des Privatlebens. Dabei trug zur Enttäuschung des Exils maßgeblich bei, daß die Mehrzahl der Betroffenen, anders als z.T. in der Forschung dargestellt²¹⁶, dies nicht als Zwang, sondern als Teil der gewünschten Normalisierung nach der Weltwirtschaftskrise verstand. Auch die von Tim Mason betonte Resignation und Verbitterung in der Arbeiterschaft Mitte der dreißiger Jahre²¹⁷ läßt sich in dieser Form nicht in den Berichten nachvollziehen.

Gerade das private Moment verstärkte sich in der folgenden dritten Phase zwischen 1937/38 und 1942. Auch hier gab es wieder partielle Mißstimmungen, vor allem wegen Versorgungsmängeln, insgesamt aber, so etwa die resignierte Feststellung der Sopade im Sommer 1938, seien die „große[n] Massen [...] zu einer Erhebung gegen das System noch nicht reif“, da sie dazu neigten, „die außenpolitischen Erfolge Hitlers als vollen Gegenwert in Rechnung zu stellen“. Die Sozialdemokratie schein „nicht nur durch den Terror niedergeschlagen, sondern auch durch die Tatsachen widerlegt“²¹⁸.

Bezeichnenderweise bildete in dieser Bevölkerungsstimmung auch der Kriegsbeginn keine Zäsur. Der Krieg wurde zunächst „nicht als wesentliche Verschlechterung“ verstanden²¹⁹, das Leben erschien vielen „von dem vor dem Kriege nicht sehr verschieden“²²⁰ – es verlief zumindest in den ersten Jahren normal. Auch jetzt zeigte

²¹⁴ NB-Lagebericht o.Nr. [1/2] (Dez. 1933), S. 13; DB 1935 (Jan.), S. 135.

²¹⁵ DB 1935 (Jan.), S. 42; NB-Lagebericht 15 (Juni 1935), S. 2.

²¹⁶ So z.B. Ulrich Herbert, Arbeiterschaft im „Dritten Reich“. Zwischenbilanz und offene Fragen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989), S. 320–360, hier S. 339.

²¹⁷ Vgl. Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1978, S. 245.

²¹⁸ Denkschriftentwurf der Sopade, Sommer 1938, in: Matthias, Gesicht, Dok. 37, S. 309–321, hier S. 320.

²¹⁹ DIB 59 (18. 1. 40), S. 4.

²²⁰ DIB 60 (28. 4. 40), S. 11.

sich, daß nach wie vor „alle Äußerungen der Verstimmung [...] nicht von politischen Schlußfolgerungen begleitet“ waren²²¹ und aufgespeicherte Mißstimmung sich zu meist „nicht in politischer Opposition, sondern in persönlichen Reibereien“ entlud²²².

Eine vierte Phase setzte Mitte 1942 mit einem „Stimmungsniedergang“²²³ ein, der nach Meinung des Exils gravierender war, als man aufgrund der militärischen Situation vermutete. Die Gründe lagen nach Recherchen der Vertrauensleute in der Erhöhung der Arbeitsnormen, den Rationskürzungen und den verstärkten Bombardierungen. Aber auch hier folgte die resignative Feststellung, daß „diese Stimmungsverschlechterung [...] nicht Ausdruck eines vorrevolutionären Stadiums“ sei²²⁴. Erst nach der Niederlage von Kursk im Juli 1943 erschien es den Sozialistischen Mitteilungen, offensichtlich wohl deshalb, weil wider Erwarten die Deutschen nicht die Initiative im Osten wiedererlangt hatten, daß jetzt „die Millionen Mitläufer und Gedankenlosen“, die „vorerst vor dem materiellen und politischen Terror der Hitlerdiktatur kapitulierte und dann bereit waren, Hitler auf dem Wege der leichten und schnellen Siege zu folgen“, sich der wahren Situation bewußt würden²²⁵.

Eine wirklich erfolgversprechende Chance für einen Umsturz gab es demzufolge während des gesamten Dritten Reiches nicht. Hier decken sich die Erkenntnisse der Emigration auffallend genau mit den Ergebnissen der regimieinternen Berichte. Den Meldungen zufolge wäre aber möglicherweise ein gelungener Umsturz im Juli 1944 von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen worden, wenn man der Nachfolgeregierung einen schnellen Friedensschluß zugetraut hätte. Diesen Schluß legen die Berichte, die die Union im Zusammenhang mit dem 20. Juli recherchierte, nahe. Die Annahme allerdings, zu diesem Zeitpunkt seien bereits 35 bis 40 Prozent der Bevölkerung bewußte NS-Gegner gewesen, muß wohl eher als Wunschvorstellung eines zu diesem Zeitpunkt bereits von den innerdeutschen Ereignissen weitgehend abgeschnittenen Exils charakterisiert werden²²⁶. Hier ist unter anderem das bekannte Argument anzuführen, daß gerade Frontsoldaten dem Einfluß des politischen Widerstandes weitgehend entzogen waren. In der April/Mai-Ausgabe 1945 der Sozialistischen Mitteilungen jedenfalls hatte man die Zahl der bewußten NS-Gegner bereits wieder auf „viele Tausend“ reduziert²²⁷. Insgesamt war wahrscheinlich die Zahl der „Indifferenten“, die die Union 1945 mit 30 Prozent bezifferte²²⁸, wesentlich höher. Für eine Zunahme dieser Gruppe spricht zumindest

²²¹ DB 1940 (Febr.), S. 98.

²²² SM 25 (April 1940), S. 5.

²²³ SM 40 (1.8. 42), S. 6.

²²⁴ Ebenda.

²²⁵ SM 52 (Aug. 1943), S. 3.

²²⁶ Vgl. [Union], Der 20. Juli 1944. Aus Berichten, die dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz London, vorliegen, London o. J. [1945], S. 8f.

²²⁷ SM 73/74 (April/Mai 1945), S. 6.

²²⁸ Vgl. [Union], 20. Juli 1944, S. 9.

die fortschreitende Resignation der Vertrauensleute, welche die anhaltende Wirkungslosigkeit ihrer Bemühungen sahen. Geradezu fassungslos beobachteten die Berichterstatter, wie ungerührt die Bevölkerung im allgemeinen und nicht zuletzt auch die besonders umworbene Arbeiterschaft zusah, wie der aktive Widerstand vernichtet wurde. Besonders enttäuscht waren sie über den Umfang, in dem es dem NS-Staat gelang, Konsensbereitschaft oder zumindest hinnehmende Indifferenz zu erzeugen. „Ich gebe gern zu“, schrieb Erich Rinner 1940 kurz vor der Einstellung der Lagemeldungen, „daß der Inhalt der Berichte zu dieser Enttäuschung noch mit beigetragen hat. Aber ich bin noch immer der Meinung, daß es [...] am besten ist, wenn wir es mit der Wahrheit halten“, denn selbst wenn man das Gegenteil mitgeteilt hätte, wäre die Depression nicht ausgeblieben, weil die Realität eben eine andere sei²²⁹.

Was bedeutet dieser Befund nun im Gesamtkomplex der Erforschung des Bevölkerungsverhaltens im Dritten Reich? Insgesamt läßt sich vor allem daraus ableiten, daß der NS-Staat sein Ziel, den Konsensstaat, also die mehrheitliche Zustimmung zum System zu schaffen, in weiten Teilen erreichte. Die Exilberichte gingen darüber hinaus sogar davon aus, daß sich allmählich eine neue staaterhaltende und staatstragende Schicht vor allem aus dem Bürgertum entwickle. Daraus folgt, daß die politisch bewusste Gegnerschaft schon in der zeitgenössischen Einschätzung des Exils tatsächlich ein „Widerstand ohne Volk“²³⁰ war. Der Befund macht darüber hinaus deutlich, daß der in letzter Zeit noch einmal kontrovers ins Blickfeld geratene „Resistenz“-Begriff, wenn man Resistenz als Vorstufe zum politischen Widerstand wertet, mit der Realität, wie ihn die sozialistischen und regimeinternen Berichte zeichnen, nicht übereinstimmt. Nicht „Resistenz“, Opposition oder Widerstand war das Hauptmerkmal des Bevölkerungsverhaltens, sondern die massenhafte Hinnahme des Gegebenen mit zeitweilig bewußtem und deutlichem Übergang zu nationalsozialistischen Positionen. Damit soll sicher nicht die Bedeutung des geleisteten Widerstands geschmälert werden, zumal die Emigration sich in ihren Publikationen bemühte, die Widerstands- und Oppositionsregungen peinlich genau zu registrieren. Die Berichte zeigen das Nebeneinander, manchmal auch die Gleichzeitigkeit von partieller Anpassung und partiellem Widerstand. Aber sie legen darüber hinaus nahe, daß sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bemühte, bewußt die positiven Seiten des Dritten Reiches besonders anzuerkennen bzw. die negativen zu

²²⁹ Rinner an Stampfer, 8.3. 40, in: Matthias, Gesicht, Dok. 91, S. 447–450, hier S. 449. In einem Brief des Rinner-Mitarbeiters Fritz Heine an den Verfasser vom 2.7. 1991 heißt es entsprechend: „[...] Wir waren uns [...] einigermaßen klar darüber, daß – zumindest bis zur Mitte des Krieges – ein sehr großer Teil des Volkes das Regime akzeptierte (oder mehr). Es ist jedoch logisch, daß wir darüber zwar ganz offen in unserem eigenen Kreis sprachen, aber nach Außen hin die Version (oder Fiktion) aufrechterhielten und erhalten mußten, daß ein wesentlicher Teil der Bevölkerung den NS-Zielen nicht zustimmte.“

²³⁰ Ian Kershaw, „Widerstand ohne Volk?“. Dissens und Widerstand im Dritten Reich, in: Jürgen Schmädke u. a. (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München ²1986, S. 779–798.

verdrängen und sich auf dieser Basis mit dem Regime auf irgendeine Weise zu arrangieren.

Zentral für die Erklärung des Bevölkerungsverhaltens scheint die Tatsache zu sein, daß es dem NS-Staat gelang, nach dem Erlebnis der Weltwirtschaftskrise, deren psychosoziale Folgen man nicht hoch genug einschätzen kann, ein Bewußtsein der Normalisierung des Alltags zu vermitteln²³¹. Darin aufgehoben konnte das Gefühl sein, in einer „großen Zeit“ zu leben, in einer „Zeit ohne Beispiel“, wie Goebbels sie nannte, in der nationale Träume wahr wurden oder es zumindest so schien, als würden sie Realität werden. Daß damit, sozusagen auf der Schattenseite, negative Entwicklungen verbunden waren, Verfolgung von Minderheiten, Terror und schließlich der Krieg, konnte von der Normalität bis weit in den Krieg hinein verdrängt werden. Dieses „gespaltene Bewußtsein“, wie es Hans Dieter Schäfer bezeichnet hat²³², zeigt sich in den Exilberichten sehr deutlich.

Was die Sozialisten immer wieder als „Atomisierung“ und „Vermassung“ beklagten, weil es den erhofften klassen- und schichtenübergreifenden Widerstand gegen das Dritte Reich verhinderte, war für die Mehrheit der Deutschen, vor allem für die am Rüstungsboom partizipierenden, die Rückkehr in die Normalität des Privaten. Man müsse sich darüber im klaren sein, so hatte ein Sopade-Vertrauensmann angesichts der im Exil verbreiteten Illusionen schon 1936 betont²³³, daß viele aus dieser Grundeinstellung heraus die Beteiligung an der illegalen Arbeit ablehnen, weil „sie glauben, daß sie keinen Zweck hat und daß man deswegen nur ins Zuchthaus kommen kann“.

Die Mehrheit der Deutschen im Dritten Reich wollte zweifellos das private Glück im Winkel, und es ist offensichtlich, daß man bis weit in den Krieg hinein auch keine Notwendigkeit sah, den NS-Staat zu schädigen oder gar zu stürzen. Was, so könnte man daher polemisch fragen, sollte etwa Arbeitnehmer auch dazu getrieben haben, ein Regime zu beseitigen, dem es nicht nur gelungen war, aus tiefer Arbeitslosigkeit zu Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel zu gelangen, sondern das es auch ermöglichte, die eigene Lebenssituation wieder aktiv zu gestalten. Berücksichtigt man, daß das Dritte Reich aus dem unpolitischen Blickwinkel der Mehrheit insofern weniger als Bedrohung, sondern mehr als Existenzgrundlage gesehen wurde, mit dem man sich unter gewissen Einschränkungen arrangieren konnte, dann wird dies Verhalten verständlicher. Dabei ist nicht zu unterschätzen, daß es dem Dritten Reich gelang, vielen mit einer gegenwärtigen auch eine zukünftige Perspektive zu bieten. Die Aussicht auf mehr Besitz, bessere Geschäfte, insgesamt mehr „Lebensraum“ vor allem nach dem Krieg, hat hierbei eine erhebliche Rolle gespielt²³⁴.

²³¹ In dieser Richtung auch der Aufsatz von Detlev Peukert, Alltag und Barbarei. Zur Normalität des Dritten Reiches, in: Dan Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a.M. 1988, S. 51–61.

²³² Vgl. Hans Dieter Schäfer, Das gespaltene Bewußtsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933–1945, Frankfurt a.M. u.a. 1984.

²³³ DB 1936 (Febr.), S. 157.

²³⁴ Vgl. DB 1936 (Dez.), S. 1548; DB 1938 (Dez.), S. 1317; RIG 65 (14. 12. 41), S. 8.

„Heute sind sie wieder das, was sie immer waren“, resümierte im September 1937 ein desillusionierter Mitarbeiter der *Deutschland-Berichte*²³⁵ über seine Landsleute, „urteilslos, politisch im Grunde uninteressiert, zufrieden, wenn sie verdienen und wenn sie abends und Sonntags in ihren Schrebergarten gehen können“. Man könne zwar „nicht sagen, daß sie Nazis sind, ebenso wenig aber, daß sie das Dritte Reich stürzen werden. Wenn's nicht mehr kosten wird, dann werden sie eben auch mitmachen“.

Richard Grunberger hat 1971 mit Recht darauf verwiesen, daß das Leben der meisten Deutschen bis zum Kriegsbeginn innerhalb der eigenen vier Wände unverändert blieb²³⁶. Anhand der sozialistischen Berichte kann man den Zeitraum sogar noch bis in den Krieg hinein ausdehnen. „Der allgemeine Eindruck, den Deutschland auf den unvoreingenommenen Ausländer nach 5 Monaten Krieg macht“, so die Deutschen Inlandsberichte im April 1940²³⁷, „ist von dem vor dem Kriege nicht sehr verschieden“. Man habe den Eindruck, daß das deutsche Volk sich in seine Lage gefunden habe. „Es lebt und nach den überfüllten Wirtshäusern und Vergnügungslokalen zu schließen, gibt man sehr viel Geld für Lustbarkeiten aus. Es herrscht bisweilen sogar eine ausgelassene Stimmung. Man lebt und will genießen.“ Dieses Verhalten wird ausdrücklich auch in anderen Quellen bestätigt²³⁸. Es ist in diesem Zusammenhang kein Zufall, daß die Exilberichte gerade das Konsum- und Freizeitverhalten der Deutschen immer wieder betonten. Vor allem dieses symbolisierte für viele Deutsche die wiedergewonnene Normalität.

Insgesamt, so läßt sich resümieren, waren für das Exil letztendlich die eigenen Meldungen die Bankrotterklärung ihres Widerstandskonzeptes der massenhaften Auflehnung gegen das Regime. Dies ist aus einer Vielzahl von Äußerungen abzulesen. Das Arrangement der Mehrheit mit dem Nationalsozialismus widersprach deutlich der Vorstellung, daß sich mit den kulminierenden Problemen des Dritten Reiches auch die Bevölkerungsstimmung ändern müsse. Was übrigblieb, waren in der Regel die Auflistung der Anpassungstendenzen und hin und wieder die Hoffnung, daß sich mit einer zumeist zeitlich und örtlich begrenzten Oppositionsregung eine breite Welle der auch politisch begründeten Mißstimmung entwickeln würde. Die Exilmeldungen sind daher auch weniger eine Quelle zum Widerstand irgendeiner Bevölkerungsgruppe, sondern vielmehr ein Dokument für die Loyalität mit dem Regime.

Die offensichtlichsste Folge war für die sozialistische Emigration die Beschäftigung mit der Zeit nach Hitler. Das „kommende Deutschland“ stand spätestens ab 1941/42 im Zentrum des Interesses, auch wenn es bereits seit Beginn des Dritten Reiches einzelne Entwürfe gab. Die Konzeptionen spiegeln insgesamt die aus der Berichterstat-

²³⁵ DB 1937 (Sept.), S. 1239.

²³⁶ Vgl. Richard Grunberger, *Das zwölfjährige Reich. Der Deutschen Alltag unter Hitler*, Wien u. a. 1972, S. 32.

²³⁷ DIB 1940 (28. 4. 40), S. 11f.

²³⁸ Vgl. z. B. Heinemann, *Krieg*, S. 40.

tung gewonnenen Erkenntnisse wider. In einer ganzen Anzahl von Entwürfen wurde nicht nur die Frage erörtert, welche zukünftige Staats- und Wirtschaftsform die beste sei, sondern eben speziell die Frage, wie man mit den Trägern des Dritten Reiches, aber auch mit der überwiegenden Masse der Mitläufer umzugehen habe. Hier zeigen die Äußerungen vor allem, daß man sich absolut nicht sicher war, ob ein demokratisches Deutschland mit dieser Bevölkerung überhaupt aufzubauen sei. Und diese Zweifel sind letztendlich auch wohl der eindrucksvollste Beleg dafür, daß das Exil glaubte, die große Mehrheit der Deutschen habe sich gegenüber dem Nationalsozialismus zumindest angepaßt.